

Nr. 136 Januar / Februar 07

Das Info aus der Flora

Vorwort

Hallihallo,
im bewegten Jahr 2007...
Unser Vorwort halten wir mal kurz. Klar, weil wir so beschäftigt sind mit den vielen Aktivitäten, die sich in dieser Ausgabe widerspiegeln, u.a. jede Menge Termine zur Mobilisierung gegen den G8. Wir reiben uns vor Schadenfreude schon mal im Voraus die Hände und harren gespannt der weiteren Dinge. Viel Erfolg wünschen wir auf jeden Fall den AktivistInnen vom Ungdomshuset in Dänemark bei der Verteidigung ihres Projektes. Infos und hübsche Bildchen zum Stand der Dinge, der vielen Demos usw. findet ihr auf Indymedia. Im Falle einer Räumung vom Ungdomshuset findet am selben Tag eine Demo statt, Treffpunkt: 19 Uhr, Rote Flora.
Das Titelbild dieser Ausgabe wurde auf einer Solidemo in Kopenhagen am 16.12.06 aufgenommen und wie immer hat sich Pinky nicht lumpen lassen und war ganz vorne mit dabei.
Gratulieren möchten wir den Betroffenen der §129Verfahren (deren Verfahren eingeleitet wurden aufgrund von Gegenaktivitäten beim Hotelbau im Wasserturm) zur Einstellung des Verfahrens. Anregend fanden wir die Besetzung des Wasserturms am 15.12., da blickt mensch doch neugierig auf die geplante Eröffnung des Hotels im Mai 2007 und freut sich schon auf Büffets, Getränke und Wellnessangebote frei Haus.

Lecker...Zeck!

Inhaltsverzeichnis:

Impressum

V.i.S.d.P.: Klaus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20148 Hamburg
Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artikel o.ä. möglichst auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, am besten als Textdatei. Disketten können nicht zurückgegeben werden. Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluss: der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 10 Euro à drei Ausgaben. Geld in einem Umschlag an: Zeck c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine grosszügige Spende (Briefmarken oder Geld).
Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!).
Eigendruck im Selbstverlag.



Auflösungserklärung des ArtCafés (Rote Flora)

Das ArtCafé fand seit 5 Jahren jeden Mittwoch in der Roten Flora statt. Es war der Versuch, Kunst und Politik in einem angenehmen, ungezwungenem Rahmen in Form eines Cafes anzubieten.
Innerhalb dieser 5 Jahre fanden in unterschiedlicher Intensität verschiedenste Aktionen, Workshops, Diskussionsveranstaltungen und ähnliches statt.
Es gab den Anspruch nicht nur einfach ein Café unter Vielen zu sein, sondern einen kreativ-politischen Raum zu schaffen der sich durch und mit den Gästen und ihren Ideen gestallten sollte. Wir als Café-Gruppe mussten leider feststellen das dieser Anspruch in den letzten 2 Jahren nicht einmal mehr im Ansatz umgesetzt wurde. Es gab einige Umstrukturierungsversuche, die letztlich aber nicht die Grundprobleme des Cafés lösen konnten. Die Räumlichkeiten des Vokü-raums laden nicht unbedingt zur freien Kunst ein. Die Cafés und Volxküchen in der Flora haben ganz massiv mit einem gewissem "Konsumentenverhalten" zu kämpfen. Mensch hat schnell das Gefühl nur noch am Tresen zu stehen, zu kochen und aufzuräumen, das frustriert nach geraumer Zeit extrem. Die Angebote und Workshops die stattfanden wurden kaum angenommen.
Die Entscheidung als Cafégruppe aufzuhören ist uns nicht leicht gefallen. Wir unterschätzen nicht die Funktion der Cafés und Vokűs als "Niedrigschwelliges Angebot" gerade für Jugendliche um Kontakte zu knüpfen und in Berührung mit einem autonomen, besetzten Zentrum und seinen Ideen zu kommen.
In der Roten Flora findet äußersts selten freie und experimentelle Kunst statt, Kunstschaffende fehlen oder finden nicht zusammenfinden, weil sie in voneinander isolierten Gruppen abhängen (Bands, Druckgruppe,ArtCafé,..?) Die Flora ist nicht als künstlerisches Projekt berühmt, es fehlt das "richtige" Klima. Trotzdem sehen wir in der Roten Flora noch immer einen Ort in welchem sich freie, kritische und experimentelle Kunst entfalten kann. Auch im Rahmen des ArtCafés wurde es nicht geschafft eine kreative und "produktive" Atmosphäre zu schaffen.
Deswegen haben wir uns letztlich zur Auflösung entschieden.

Freispruch im Hamburger "Pünktlich-Sein"-Prozess!

Das Hamburger Landgericht hebt die Verurteilung von drei Teilnehmern einer Bauwagendemo in Hamburg-St. Pauli auf: Eine strafbare Nötigung von Autofahrern liege nicht vor, da das Recht auf Demonstration schwerer wiege

Freispruch! Zweieinhalb Jahre nach der spektakulären Demonstration "Einmal im Leben pünktlich sein" der Bauwagenszene mit 99 Wohngefährten auf der Hamburger Hafenstraße, die von der Polizei mit Gewalt aufgelöst worden ist, sind drei Wagenbesitzer vom Hamburger Landgericht vom Vorwurf der "gemeinschaftlichen Nötigung" freigesprochen worden. Die Verurteilung des Amtsgerichts wurde aufgehoben. "Solche Blockaden müssen die Hamburger Autofahrer immer mal hinnehmen", sagte der Vorsitzende Rolf Helbert. "Die Hafenstraße ist laufend durch die Öffentlichkeit und Veranstaltungen belegt." Der Richter äußerte Unverständnis darüber, dass eine solche Lappalie überhaupt von der Staatsanwaltschaft angeklagt worden ist und das Gericht acht Tage lang verhandeln musste. Das komme aber wohl daher, dass der Nötigungsparagraf ein "schwammiges Gebilde" sei und es zum Komplex nur "Wischiwaschi-Urteile" gebe, so Helbert. Ferner sei unter Juristen oft unklar, wie der Artikel acht des Grundgesetzes - das Recht auf Demonstration - einzubetten ist.
Zudem sei dieser Fall "so etwas von ungewöhnlich", weil die Polizisten zunächst nicht einmal "Notizen" über vermeintliche Verkehrsbehinderungen anfertigten, aber Monate später Berichte schreiben mussten, als die Polizei wegen der Auflösung der Versammlung verklagt worden sei, so Helbert. "Jeder weiß, was das in der Psyche der Beamten auslöst." Und dann tauchten im Verfahren plötzlich Vermerke auf, die alles wieder relativierten. "Da denkt man als Gericht", so Helbert, "dass so etwas nicht passieren kann."

Am 24. April 2004 hatten sich BauwagenbewohnerInnen am Hafenrand versammelt, um für ihre Lebensform zu werben. In Hamburg war die Lage der Bauwagenplätze besonders prekär geworden, weil der Senat die Räumung aller 13 Wagenburgen bis Ende 2006 als Ziel ausgerufen hatte. Die Demo war jedoch von der Polizei nach kurzer Zeit aufgelöst, die Wagen aufgebrochen und Lenkradschlösser geknackt worden. Nach dem Freispruch für die drei Demo-Teilnehmer laufen noch gegen 45 weitere Bauwagenbewohner Verfahren wegen Nötigung.

Auch zum aktuellen Richterspruch ist noch ein Nachspiel zu erwarten: Da das Gericht mit dem Urteil zugleich den Polizeieinsatz in Frage stellt, der auch Gegenstand einer Klage vorm Verwaltungsgericht ist, hat die Anklagebehörde Revision vorm Oberlandesgericht angekündigt.

Kai von Appen
taz Nord vom 14.12.2006

Urteil im Grenzcamp Prozess

Am 07.12.06 fällte das Verwaltungsgericht in Köln sein Urteil im Prozess 6. antirassistisches Grenzcamp gegen Polizeipräsidium Köln. Geklagt hatten 4 Frauen gegen den Polizeieinsatz am 09. August 2003, mit dem das Camp zuerst stundenlang eingekesselt und dann aufgelöst und alle TeilnehmerInnen kontrolliert und fotografiert sowie teilweise in Gewahrsam genommen worden waren.
Zunächst zum Urteil:
Festgestellt wurde, dass die Auflösung der Versammlung Grenzcamp rechtswidrig war, genauso wie das Festhalten bis in die frühen Morgenstunden in der GeSa Brühl nach der Personalienkontrolle. Ebenso nicht rechtens war es, Menschen an Polizeiabsperrungen daran zu hindern die Versammlung zu betreten, sowie einzelne CamperInnen bei der Ingewahrsamnahme zu fesseln. Für rechtmäßig befunden wurde die Einrichtung der polizeilichen Kontrollstellen (so haben die Bullen ihre Polizeiketten genannt, und in DER Funktion ist es eben rechtens, naja), sowie die Tatsache, dass alle sich NACH der Auflösung kontrollieren und fotografieren lassen mussten. Für die Frage, ob es rechtens war, dass mensch während des ganzen Tages nur gegen Vorlage des Personalausweisen, mitunter plus abfotografieren, vom Camp entfernen konnte (oder gar überhaupt nicht), war die Versammlungsleiterin laut Urteil die falsche Klägerin. Sie hat in diesem Fall kein "Feststellungsinteresse" oder wie das heißt. Somit ist die Einkesselung an sich und die Verbringung in Polizeigewahrsam als solches für rechtmäßig befunden worden.
Ob wir trotzdem Zivilklagen auf Schadensersatz, Schmerzensgeld etc anstrengen, wird von noch zu klärenden juristischen Einzelheiten abhängen.
Dass unsere Klage nur teilweise erfolgreich war, ist leider auch darauf zurückzuführen, dass sich im Nachhinein ausser den KlägerInnen und einzelnen Leuten der zerbröckelten Soligruppe niemand weiter für die Klage interessiert oder darum gekümmert hat. Unsere Aufrufe, dass wir noch weitere Gedächtnisprotokolle, KlägerInnen, ZeugInnen oder Beweismaterial zu bestimmten Punkten suchen, blieben größtenteils folgenlos. So fanden wir niemanden, der tatsächlich am Verlassen des Camps gehindert worden war oder fotografiert wurde, als er es verlassen wollte, obwohl dieser Umstand von vielen behauptet wor-

den war.
Der Prozess hat also zweierlei gezeigt:
1. Polizeieinsätze bewegen sich immer wieder nicht auf dem Boden des Grundgesetzes. Dies wird von Verwaltungsgerichten überall immer wieder bestätigt. Auch im Hinblick auf Heiligendamm werden all diese Urteile interessant werden.
2. Es ist äußerst wichtig, ein ausführliches Gedächtnisprotokoll zu schreiben und bei einem Anwalt, Ermittlungsausschuss o.ä. zu hinterlegen, am besten mit einer Adresse, unter der mensch auch in den nächsten Jahren irgendwie erreichbar ist. Und es schadet nicht, sich ab und an bei den Leuten, die sich um den Rechtsstreit kümmern, über den Stand der Dinge zu informieren.

Weitere Infos unter
www.infoladen.de/koeln/fnb/camp/soli.htm

Situation in Oaxaca



Internationale Menschenrechtsbeobachter ermitteln starke traumatische Auswirkungen der begangenen Misshandlungen.
Die Gefangenen aus Oaxaca, welche nach Tepic in Nayarit verbracht worden waren, waren fortgesetzter psychischer Folter ausgesetzt.
Die Personen, welche in Oaxaca inhaftiert sind und in das Gefängnis "San José del Rincón ", in Nayarit, verschleppt worden waren, waren "fortgesetzter psychologischer Folter ausgesetzt: quälender und erniedrigender Behandlung und Drohungen", stellt die erste Bilanz der "Comisión Civil Internacional de Observación de Derechos Humanos" (CCIODH) fest, nach dem diese einige der Betroffenen in den vier Gefängnissen von Oaxaca besucht hat.
In ihren ersten Ergebnissen, nach 10 Tagen Beobachtungsarbeit zu den grundlegenden Menschenrechtsgarantien im Bundesstaat, berichten die Mitglieder von CCIODH, dass unter den Interviewten " schwere emotionale Auswirkungen und eine familiäre Desintegration nach der Trennung von den Kindern, Eltern, Müttern und Geschwistern festgestellt werden, dabei ist zu berücksichtigen, dass ganze Familien im Gefängnis sind oder im Gefängnis waren."
Die Kommission veröffentlichte, dass obwohl schon ein Monat vergangen ist, viele der Verhafteten des 25.Novembers 2006 noch körperliche Beweise der Angriffe, welchen sie während ihrer Verhaftung und ihres Transportes nach Nayarit durch Mitglieder der Polizei und der Paramilitärs erlitten, tragen.
"Viele der Gefangenen, zeigen, dass sie während der Transporte Drohungen, Schläge und körperliche Schäden erhielten und psychisch gefoltert wurden. In einigen Fällen erhielten sie Elektroschocks an verschiedenen Stellen des Körpers" stellt die Bilanz der internationalen Kommission fest, welche die vier oaxensischen Gefängnisse besucht hat, in welchen die wegen des Konfliktes festgenommenen Personen sind. Eines Konfliktes, welcher in Oaxaca seit mehr als sieben Wochen andauert. (...)

18 weitere Gefangene freigelassen
Am Vorabend des Neuen Jahres 2007 und etwas mehr als einen Monat nach ihrer Verhaftung haben 18 "simpatizantes" der "Asamblea Popular de los Pueblos de Oaxaca" (APPO) ihre Freiheit auf Kaution in der Nacht auf den so.31.dez.2006 bzw. dem Morgengrauen des selben, wieder erlangt, berichtet Mayén Arellanes, Mitglied der Rechtshilfekommission des "Comité de Liberación 25 de Noviembre"
"Wir erwarten die Freilassung von + Freunden", versicherte Arellanes, trotz dieses Vorganges hat das Verfahren nicht die gewünschte Geschwindigkeit angenommen, es werden weitere Entlassungen erwartet. Cástulo López Pacheco Sprecher der "Asamblea Popular de los Pueblos de Oaxaca" (APPO) (nicht zu verwechseln mit dem Leiter der "Sección 22" der LehrerInnengewerkschaft, Enrique Rueda Pacheco), machte öffentlich, dass die Freigelassen gezwungen wurden Dokumente zu unterschreiben, welche behaupten, dass sie darauf verzichten an öffentlichen Veranstaltungen teilzunehmen, wie auch auf die Anzeige von Menschenrechtsverletzungen verzichten. (Menschenrechte sind unveräußerlich)
"Dies ist ein Angriff auf die Freiheit von Jedweder Person ihre Meinung zu äußern und es ist ein Beweis der Intoleranz der Regierung von Oaxaca und Mexikos" erläuterte Cástulo López Pacheco.
Bis jetzt sind 102 Personen der, durch die Bundesbehörden im Zusammenhang mit den gewaltsamen Geschehnissen am 25.11.06 in Oaxaca, 171 Verhafteten freigelassen worden.
Nach ihrer Verhaftung, ist eine Gruppe von 141 Personen in das Gefängnis von San José del Rincón in Tepic im Bundesstaat Nayarit verschleppt worden, von wo Wochen später 46 ihre Freiheit ,durch ein Abkommen so die offizielle Berichterstattung, wieder erlangten. 91 wurden am 21.dez.2006 von Tepic in die beiden Gefängnisse Miahuatlán und Tlacolula verschubt.
Nach Angaben der Rechtshilfekommission des "Comité de Liberación "25 de Noviembre"" haben vier Verhaftete des Gefängnisses in Nayarit den Status der "Verschwundenen". Bis zum Moment ist unbekannt, ob sie sich in der Gruppe befanden, welche im dez.2006 zurück in den Bundesstaat Oaxaca kam und in welches Gefängnis sie gebracht wurden.
Von den 46 Freigelassenen kam eine zweite Gruppe von 20 Personen und eine dritte von 18, welche ihre Freiheit auf Kaution am 25.dez.2006 erreichten, nach dem gleichen Schema wie die in der Nacht vom 30.auf den 31.dez.2006 die 18 "simpatizantes" der APPO entlassen wurden.
Neben diesen Verhafteten, sind noch ein Leiter der APPO Flavio Sosa Villavicencio (Flavio Sosa Villavicencio war Gründer der PRD im Bundesstaat Oaxaca und einer seiner ersten wiederholt gewählten Bundesabgeordneten, momentan ist er Rat der PRD für Mexiko) und seine Brüder Horacio y Erick verhaftet, welche sich in der Gefängnissen der "höchsten Sicherheit", CEFERESO #1 "Altiplano," in Almoloya de Juárez "La Palma" und scheinbar im CEFERESO #3 bei Matamoros im Bundesstaat Tamaulipas.
Ebenso befinden sich der frühere Sprecher der APPO Marcelino Coache Verano, (Marcelino Coache Verano Marcelino Coache Verano ist Mitglied der Presse- und Propagandakommission der APPO und des Generalsekretär der unabhängigen Gewerkschaft der Stadtverwaltung von Oaxaca , welche der "Frente de Sindicatos y Organizaciones Democráticas de Oaxaca" angegliedert ist.) und Ignacio García, der Fahrer von Flavio Sosa, im Gefängnis von Cosolapa, welches sich im Becken des Flusses Papaloapan befindet.
Die Mehrheit der Verhafteten werden für Schäden aus Brandstiftung, Raub, Anstiftung und verbrecherischer Vereinigung verantwortlich gemacht, was nach den örtlichen Gesetzen nicht schwerwiegend ist, was sich zu ihren Gusten ausgewirkt hat um die Freiheit auf Kaution zu erhalten, nicht so verhält es sich im Fall vo Coache y García welche ebenfalls unter diesen Vorwürfen (Vorwänden) verhaftet wurden.
Sylvester 2006 werden sich

Familienangehörige und Angehörige von Verschwundenen auch vor den Gefängnissen in Tlacolula und Miahuatlán treffen und das neue Jahr empfangen.



Ungdomshuset blir!

Die rechtsradikale Sekte Faderhuset ("Haus des Vaters") hat den Abriß des Ungdomshuset in Kopenhagen beantragt. Das wurde am 3. Januar nach einem Treffen der Sektenführerin Ruth Evensen mit der sozialdemokratischen Bürgermeisterin Kopenhagens, Ritt Bjerregaard, einer erbitterten Widersacherin des Ungdomshuset, bekanntgegeben. Die Kopenhagener Polizei hofft, dass nach der Räumung sofort abgerissen werden könne. Das Grundsstück solle ein paar Jahre leer stehen, bis es seinen symbolischen Wert verliere, meint die Polizei.

Anders Olesen ist Vorsitzende der Koordinationsgruppe der Baugewerkschaften, ehemaliger Besetzer des Ungdomshuset in den 80ern und Leitungsmitglied des "Fonds Jagtvej 69", einer zivilgesllschaftlichen Unterstützer_innenorganisationen des Ungdomshuset. Er plädiert für eine "friedliche Lösung", und meint, die Gewerkschaft könne ihren Mitgliedern zwar nicht verbieten, an einem solchen Auftrag teilzunehmen, aber es würde wohl keiner seiner Mitglieder riskieren wollen, in einer "Kriegszone" zu arbeiten. Man brauche sie nicht aufzufordern, die Arbeit zu verweigern, denn: "Unsere Mitglieder sind dazu einfach nicht bereit. Man will sich ja selber keiner Gefahr aussetzen, und wir unterstützen unsere Mitglieder, wenn sie die Arbeit verweigern." Eine Art politischer Streik! Aber die Gefahr des Streikbruchs liegt im Raum. Denn laut Frank Thaulow von der Gruppe Bau in der größten Gewerkschaft Dänemarks, Fagligt Faelles Forbund (Gemeinsamer Verband der Gewerkschaften, kurz 3F genannt) würden Abrißarbeiten in der Regel von zahlreichen Firmen mit nichtorganisierten Arbeitskräften durchgeführt.

"Ich glaube, die sind durchaus fähig, da Unorgansierte einzusetzen", meint er. "Wenn ich es etwas volkstümlich ausdrükken wollte: Die sammeln von der Straße irgendwelche Leute ein, und die demolieren dann."

Zusammengefasst aus Indymedia Artikeln:
de.indymedia.org/2007/01/165435.shtml
de.indymedia.org/2007/01/165403.shtml

Am Tag der Räumung startet eine wütende Spontandemo an der Roten Flora um 19 Uhr!!

Next Steps: Von Davos über München nach Heiligendamm!

Zusammen kämpfen gegen Kapitalismus, rassistische Ausgrenzung, Patriarchat und Krieg!

Die Gipfeltreffen der Eliten aus Staat und Wirtschaft stehen symbolisch für die Macht des globalen Kapitalismus, für seine politische und militärische Gewalt, für den Anspruch, unsere Zukunft zu bestimmen. Für uns sind solche Zusammenkünfte der Herrschenden und Mächtigen Kristallisationspunkte für Protest und Widerstand!

Step1 World Economic Forum

Vom 24-28 Januar 2007 werden wir beim alljährlichen "Annualmeeting" des World Economic Forum (WEF) in Davos präsent sein. Denn dort treffen sich die tausend mächtigsten Konzerne der Welt zum gemütlichen Stelldichein. Zusammen mit Vertretern aus Politik und Gesellschaft werden die selbsternannten "Globalplayers" Erfahrungen austauschen und über die Zukunftschancen des Kapitalismus diskutieren. Das WEF dient nicht nur zur Propagierung des Neoliberalismus sondern ist auch der Ort wo in nicht-öffentlichen Hinterzimmergesprächen Entscheidungen getroffen und gemeinsame Projekte besiegelt werden. Die geladenen Konzerne sind wesentlich verantwortlich für das Elend im Trikont und Menschenrechtsverletzungen weltweit: Unterdrückung, Ausbeutung und Privatisierung sind ihr Geschäft. Reisebeschränkungen und Versammlungsverbote werden unseren Widerstand nicht verhindern.

no justice - no peace!

Step2 NATO-Kriegskonferenz

Vom 9-11 Februar 2007 werden wir der Welt-Kriegs-Elite in München unseren Widerstand entgegensetzen: Hier treffen sich die Vertreter der NATO-Staaten und ihrer Verbündeten zur "Sicherheitskonferenz". Seit Jahren konfrontieren tausende Menschen die Generäle, Kriegsminister und Waffenkonzern-Lobbyisten mit ihrem Widerstand. Gründe dafür gibt es genug: Unter dem Vorwand von "Terrorbekämpfung" und "globaler Sicherheit" schicken die NATO-Staaten ihr Militär in alle Welt. Mit kriegerischer Gewalt schaffen sie sich Zugang zu Märkten und Rohstoffen und sichern damit den Fortbestand des globalen Kapitalismus. Auch die verschärfte Repression gegen MigrantInnen und soziale Bewegungen ist integraler Bestandteil dieses globalen Krieges.

Erschüttern wir die "Sicherheit" der Herrschenden, erkämpfen wir soziale Sicherheit und soziale Rechte für uns alle!

Step3 Gipfel stürmen

Vom 6-8 Juni 2007 auf zum Widerstand und zur Blockade gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm bei Rostock! Wir werden viele sein: BasisaktivistInnen aus der gewerkschaftlichen Linken, antirassistischen Initiativen, Antifa-Gruppen, Flüchtlings-selbstorganisatinen, Erwerbsloseninitiativen, Sozialforen, Leute bei Attac und aus der autonomen Linken bereiten sich schon jetzt auf kraftvolle Tage des Widerstands vor.

Wir werden campen, demonstrieren und blockieren und dabei auch ein Zeichen der Solidarität setzen mit den vielen sozialen und revolutionären Bewegungen des globalen Südens. Und wir werden unsere Anwesenheit in Mecklenburg Vorpommern nutzen für vielerlei Aktionen gegen menschenunwürdige Flüchtlingslager, Nazistrukturen, Gentechnik-Felder und Militärstandorte. In der Menge, Vielfalt, Internationalität und Radikalität der TeilnehmerInnen werden wir dem Bild der Regierungschefs der 8 stärksten Wirtschaftsnationen den Ansatz einer solidarischen Globalisierung von unten entgegensetzen und die "roten Zonen" der Macht attackieren.

Auf zum Widerstand und zur Blockade gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm bei Rostock! Wir werden viele sein und die Show der Herrschenden in Tage des Widerstands und der globalen Solidarität von unten verwandeln!

Alles für Alle!
Make capitalism history!

Kamingespräche unter Freunden
G8: Eine Geschichte von Machterhalt und Machtverlust

Club der Reichen und Mächtigen, PR-Show, Weltregierung?
Im kommenden Frühjahr wird sich die Gruppe der Acht in Heiligendamm an der deutschen Ostseeküste treffen. Die Mobilisierung läuft, Tausende werden vor Ort gegen den Gipfel protestieren. Doch was die Gruppe tatsächlich darstellt, bleibt vage. Ihre Rolle im globalen System lässt sich hinter medienwirksam inszenierten Gipfeln und ausufernden Abschlusserklärungen nur schwer erkennen - und ist doch ein deutlicher Ausdruck für die globalen Herrschaftsverhältnisse und deren Veränderungen. (1)
November 1975. In Rambouillet, 50 Kilometer südwestlich von Paris gelegen, treffen sich sechs Staatschefs. Der französische Präsident Valéry Giscard d'Estaing hat die Vertreter der damals fünf größten Industrienationen - USA, Japan, Deutschland, Frankreich und Großbritannien - zum "Kamingespräch unter Freunden" eingeladen, Italien gesellte sich nach einer aufgebrachten Intervention bei der französischen Präsidentschaft ebenfalls hinzu. Gänzlich unspektakulär erscheint das erste Treffen der Gruppe, die als G6, G7 und G8 eine erstaunliche Karriere machen sollte (2): Die beschauliche Kleinstadt garantiert den Sechs völlige Ruhe und Diskretion für ihre zweitägigen Gespräche. Zu Fuß gehen sie Sonntag zur Messe, zu Fuß zur abschließenden Pressekonferenz ins Rathaus. Alles ist darauf gerichtet, den vielbeschäftigten Staatschefs die Möglichkeit zu bieten, persönlich und in entspannter Atmosphäre zu bereden, wie mit den Problemen der Zeit umzugehen sei.
1971 hatten die USA die Goldbindung des US-Dollars aufgekündigt; das in Bretton Woods nach dem Zweiten Weltkrieg errichtete System der festen Wechselkurse war Geschichte. Der erste Ölpreisschock 1973 hatte der Welt schlagartig vor Augen geführt, wie verwundbar die Wirtschaft in ihrer Abhängigkeit von den fossilen Ressourcen war. Arbeitslosigkeit und Inflation stiegen, das Wirtschaftswachstum stagnierte. Die Wirtschaftsordnung der Nachkriegszeit war erschüttert.
Auch politisch standen die Regierungen der großen kapitalistischen Staaten unter Druck. Die USA hatten in Vietnam die schwerste Niederlage ihrer Geschichte hinnehmen müssen, linke Massenbewegungen hatten seit Ende der 1960er Jahre das politische System herausgefordert, in Italien standen die Kommunisten kurz davor, die Macht zu übernehmen. Inmitten dieser unruhigen Situation trafen die Sechs sich mit dem Ziel, "in ihrer heimischen westlichen Sphäre wieder für ein bisschen Ordnung zu sorgen". (Bernard Bridel, Le Temps, 28.5.03)

Wer sind denn die G8?

Die "Gruppe der Acht" (G8) ist ein Arbeitszusammenhang der sieben mächtigsten Industriestaaten (USA, Kanada, Frankreich, Deutschland, Italien, Japan, Vereinigtes Königreich) und Russland. Sie treffen sich jährlich reihum zu einem sog. "Gipfel". Darüber hinaus gibt es ständige Konsultationen auf Ministerebene zu verschiedenen Themen. Kein Wunder also, dass sie im Bewusstsein ihrer Macht folgendes über sich schreiben: Wandlungsfähigkeit, Anpassungsvermögen und kurze Verhandlungswege sind sicher wichtige Faktoren für die erfolgreiche Zusammenarbeit der G8. Entscheidend ist jedoch vor allem die politische und wirtschaftliche Durchsetzungsfähigkeit dieser Acht-Nationengruppe: [...] Das Konsensprinzip im Kreis der G8 führt dazu, dass ein einmal gefällter Beschluss mit der ganzen Energie der größten Industrienationen der Welt umgesetzt werden kann."
Was dabei umgesetzt wird, ist jedoch vor allem eines: Die langfristige Sicherung des Zugangs zu knapper werdenden Ressourcen und Rohstoffen; die Implementierung immer paranoider Sicherheitsprogramme im Namen des Kampfes gegen den Terror; die Nichtachtung von ökologischen Abkommen usw. Schließlich sind die Treffen äußerst exklusiv. Niemand "ohne Einladung" darf an ihnen teilnehmen, nur wenige der Verhandlungsdokumente werden veröffentlicht. Daher sind die G8-Gipfel in den letzten Jahren zu einem Ort des Protestes und des Widerstandes geworden. Die G8 stehen wie kaum eine zweite internationale Machtstruktur für die Ungleichheiten der ökonomischen Globalisierung, von manchen auch Kapitalismus genannt.

Geradezu etwas Anachronistisches hat die Geburtsstunde der G8: Das politische und wirtschaftliche System befindet sich im Umbruch, neue Akteure gewinnen an Einfluss und drohen, den der Nationalstaaten zu schwächen: internationale Finanz- und Handelsorganisationen, multinationale Konzerne, später auch NGOs und große Investmentfonds. Und die Staaten, deren vorherrschende Stellung bedroht ist, reagieren auf die neuen Herausforderungen in einer Form, wie es eher dem 19. oder frühen 20. Jahrhundert entsprechen würde. Die großen Staatsmänner treffen sich in aller Stille am Kamin, um gemeinsam eine Lösung für die bestehenden Probleme zu ersinnen. Doch es zeigt sich, dass sie damit eine Form gefunden haben, die flexibel und effizient genug ist, sich den veränderten Bedingungen anzupassen und so die Macht der großen Wirtschaftsnationen zu sichern.

(K)ein Club im Stil des 19. Jahrhunderts

Gleneagles, 2005. Die acht Staatschefs treffen sich in einem luxuriösen Golfhotel in den schottischen Highlands. Auf Ministertreffen und Konferenzen in den letzten Monaten wurden bereits zahlreiche Entscheidungen vorbereitet. Ein Stab von 15.000 ÜbersetzerInnen, MitarbeiterInnen und BeraterInnen ist in den nahe gelegenen Städten Glasgow und Edinburgh untergebracht. Rund 3.000 JournalistInnen sind vor Ort, über 10.000 PolizistInnen im Einsatz. Eine halbe Million Menschen gehen im Rahmen der "Make-Poverty-History"-Kampagne auf die Straße, um die G8 willkommen zu heißen und den angekündigten Schuldenerlass für afrikanische und südamerikanische Länder zu unterstützen. Mehrere Tausend blockieren am ersten Gipfeltag aus Protest gegen die G8 die Straßen der Region.
Aus den zurückgezogenen Arbeits- und Koordinationstreffen sind mittlerweile gewaltige Medienspektakel geworden, flankiert von Protesten und Kampagnen der einen wie der anderen Seite. Doch repräsentiert dies eine gewachsene Macht der G8? Sind solch groß inszenierte Gipfeltreffen nur der Rolle angemessen, die die G8 im System der Global Governance einnehmen? Ganz im Gegenteil. Denn die Geschichte der G8 ist auch eine Geschichte des Verlustes an Macht und Einfluss. Je mehr den acht Staaten ihre reale Entscheidungsgewalt verloren ging, desto mehr wurde der Gehalt der Gipfel auf die Ebene des Symbolischen verlagert.
Die Gründung der G8 fand statt vor dem Hintergrund einer schleichenden Verschiebung in den weltweiten

Machtverhältnissen. Die großen Nationalstaaten begannen vor allem im Bereich der Wirtschaft an Einfluss zu verlieren. In der Form der regelmäßigen, informellen Treffen gelang es ihnen für einen gewissen Zeitraum, ihren Machtbereich in den neu geordneten Verhältnissen zu verteidigen. In dem Maße, wie die internationalen (Finanz)Institutionen an Gewicht gewannen, verstärkten die G7-Staaten ihren Einfluss durch interne Absprachen. Formell besitzen die acht Staaten zwar weder in Weltbank noch IWF eine Mehrheit - ihre Stimmanteile betragen dort 47 bzw. 48 Prozent. Doch auf den Frühjahrs- und Herbsttagungen der beiden Institutionen galten die Ergebnisse des am Rande stattfindenden Treffens der G7-FinanzministerInnen lange Zeit als entscheidend. Über ihre Zentralbanken konnten sie immer wieder Einfluss auf die Finanzmärkte nehmen. Auch in der Uruguay-

Struktur der G8

Mitglieder der Gruppe der Acht sind: USA, Kanada, Japan, Großbritannien, Frankreich, Italien, Deutschland und Russland. Im Gegensatz zu anderen internationalen Institutionen besitzt die G8 keine eigene Verwaltungsstelle, PR-Abteilung oder ständige Vertretung. Dem Austausch und der Beschlussfassung dienen die jährlichen Gipfeltreffen. Die Treffen haben informellen Charakter, jeder beteiligte Staat hält es mit der Umsetzung der Beschlüssen wie es passt und kann dabei - zumindest formal - nicht kontrolliert werden. Die jährlichen Gipfel- und Ministertreffen werden von sogenannten Sherpas und Sous-Sherpas vorbereitet, die in Ministerien ihrer Länder angesiedelt sind und sich auch zwischen den Gipfel treffen.

Außerdem werden immer wieder Expertengruppen beauftragt, zu bestimmten Fragen vertiefend zu arbeiten. Die Gruppe der Acht ist weder demokratisch legitimiert, noch offen für andere Interessenten. Indien und China bemühen sich beispielsweise durchaus darum, dem erlauchten Kreis angehören zu können. Die Präsidentschaft der G8 rotiert, das Land mit dieser Aufgabe ist auch Gastgeber des G8-Gipfels in diesem Jahr.

Runde, die 1995 zur Gründung der WTO führte, machte die G8 ihren Einfluss maßgeblich geltend.

Die Gruppe erfüllte damit eine zentrale Funktion innerhalb der globalen Machtverhältnisse: In ihr wurde die Macht der Nationalstaaten gebündelt, und damit ihr Einfluss auf die weltweiten Entwicklungen gesichert. Ein eigenständiger Akteur, ein Ort, an dem zentrale Entscheidungen getroffen und nach außen getragen wurden, war die G7 indes nie. Zahlreiche Initiativen und Tendenzen, die der G8 auch in den vergangenen Jahren zugeschrieben wurden, waren mehr der Innenpolitik des Gastgeberlandes denn der G8 als Institution geschuldet: So der Schwerpunkt Energie, den Russland im Juli diesen Jahres gewählt hatte, oder die groß angelegten Kampagnen für Afrika, mit deren Hilfe sich Tony Blair 2005 nach dem Debakel des Irak-Krieges bei seinen WählerInnen ein besseres Image verschaffen wollte.

Als ein informeller, elitärer Club wird die G8 gern dargestellt - als ein Club im Stil des 19. Jahrhunderts, in dem die Eliten Netzwerke aufbauen, Geschäfte abschließen und unter Ausschluss der Öffentlichkeit ihre Vorhaben koordinieren. Einen solchen Charakter wies allerdings höchstens das erste Treffen aus; spätestens seit den 1990er Jahren ist es ein primäres Ziel der G8-Gipfel, an die Öffentlichkeit zu treten: minutiös geplante Abläufe, Kampagnen im Vorfeld, eine enge Zusammenarbeit mit den Medien machen aus den Gipfeln eine große PR-Veranstaltung.

So abstrakt es klingt, von einem "Knoten im Netzwerk globaler Hegemonie" zu sprechen, so gut verdeutlicht es die Stellung der G8 innerhalb der Herrschaftsverhältnisse. (vgl. ak 504) Die zentralen Entscheidungen gehen nicht von der G8 aus. Aber die Tendenzen und Verhältnisse, die die gesamte Gesellschaft durchziehen, werden hier verdeutlicht und verstärkt.

Aus diesem Blickwinkel ist auch der Umbau der Gruppe zu einer Verfechterin des Neoliberalismus in den 1980er Jahren zu sehen. Denn die G7, gegründet mit dem Vorsatz, durch staatliche Interventionen wieder mehr Stabilität in die globale Wirtschaft zu bringen, zeigte sich über lange Zeit wenig davon beeinflusst. Erst nachdem sie mit den Wahlsiegen von Margaret Thatcher 1979 in Großbritannien und 1981 Ronald Reagan in den USA zur vorherrschenden Wirtschaftstheorie wurde, fasste die neoliberale Theorie mit ihren Forderungen nach Geldwertstabilität und Rückzug des Staates in der Gruppe Fuß - und wurde durch sie massiv verbreitet.

Konten im Netzwerk globaler Hegemonie

Die 1980er Jahre bescherten der G7 einen ungeahnten Einfluss: Die Schuldenkrise 1982/1983 hatte die südlichen Länder in die Abhängigkeit der internationalen Finanzinstitutionen getrieben, auf deren Entscheidungen die G7 großen Einfluss hatten. Zunehmend Verfechterin der Liberalisierung der Kapitalmärkte, konnte sie diese Politik über die Strukturanpassungsmaßnahmen von Weltbank und IWF in zahlreichen Ländern des Südens durchsetzen.

Der Zusammenbruch des Ostblocks Ende der 1980er Jahre bedeutete für die G7 einen Einschnitt. Die Jahre zuvor war die Agenda der Gipfeltreffen beständig ausgeweitet worden, neben wirtschaftlichen Themen standen nun unter anderem Terrorismus und AIDS, Klima und Entwicklung auf der Tagesordnung. Nicht nur die Gipfel selbst, auch die Abschlusserklärungen waren immer ausschweifender (und nichts sagender) geworden.

Mit dem Fall der Mauer 1989 wurden die Karten neu gemischt. Alles war nun global, betraf die ganze Welt, und im allgemeinen Boom der Gipfeltreffen gelang es der G7 rasch, sich neu zu positionieren. Die UNO war zu heterogen, zu zerrissen, um einen führenden Platz in der neuen Weltordnung einzunehmen, die G7 hingegen konnte sich als effizientes, kompetentes Forum für globale Fragen etablieren. Doch das Zelebrieren der Macht, das die Gipfel umgab, konnte nicht verhindern, dass nicht nur die Mitgliedstaaten, sondern auch die G8 als eines ihrer Koordinierungsgremien in den letzten Jahren zunehmend an Einfluss verloren. Das Netz, in das ihre Wirtschaften eingebunden sind, ist längst zu komplex geworden, als dass sie noch die Entscheidungsgewalt besitzen könnten, die sie nach außen vortäuschen.

Neue Akteure machen ihnen ihren Rang streitig: Transnationale Konzerne agieren längst über die Grenzen der Staaten und ihres Einflussbereichs hinweg. Die aufstrebenden Schwellenländer fordern ihren Anteil an der Macht, die Institutionen, an deren Aufbau sie beteiligt waren, haben sich verselbständigt. 2003 gelang es der G8 nicht mehr, im IWF ein von ihr beschlossenes internationales Insolvenzrecht durchzusetzen. In der WTO ist die G8 wegen des Handelsstreits zwischen der EU und den USA nicht handlungsfähig. Auf dem Gipfel in St. Petersburg im Juli 2006 hatte die G8 zu "einer gemeinsamen Anstrengung" aufgerufen, die laufende Welthandelsrunde der WTO nun rasch zu einem Ende zu bringen. Ihr Scheitern nur eine Woche später zeigte, dass sie ihre Macht dort bereits an andere Akteure verloren hat. Das internationale Gleichgewicht der Mächte hat sich zu Ungunsten der G8 verschoben: China ist inzwischen zweitgrößte Wirtschaftsmacht, Indien steht an vierter Stelle.

Doch der reale Machtverlust schlägt sich nicht im Auftreten der G8 nieder. Immer

stärker verlagert sich ihre Funktion statt dessen auf den Bereich des Symbolischen. In der zunehmenden Unsicherheit innerhalb der Gesellschaft wird der souveräne Auftritt der acht Staatschefs noch bedeutsamer, wächst das Bedürfnis, Gestaltbarkeit zu demonstrieren und demonstriert zu bekommen. Die G8 führen aus, was das herrschende Politikverständnis fordert: die Rolle einer "Weltregierung", einer Gruppe erfahrener Staatsmänner bzw. -frauen, die angesichts einer zügellosen Globalisierung, in einer immer unübersichtlicheren Welt, den Überblick behalten - und nicht erkennen lassen, dass ihnen die Zügel längst selbst aus der Hand geglitten sind.

Juliane Schumacher, aktiv im BUKO
aus AK Nr. 510

Anmerkungen:
1) Viele Anregungen zu diesem Artikel entstammen dem Workshop "Welche Macht hat die G8" auf dem BUKO 29, dokumentiert unter www.buko.info
2) Auf Initiative der USA stieß 1976 Kanada dazu. Um das neue Gleichgewicht nach Ende des "Kalten Krieges" zu festigen, aber auch wegen Rohstoffinteressen, durfte Russland ab 1994 dem Gipfel beiwohnen und erweiterte die G7 vier Jahre später zur G8.

(Black) Block Meck-Pomm!



Ein Dezember-Papier von P.A.U.L.A. als Antwort auf Oktober und November-Texte und eine Idee davon, wie es nächstes im Juni 2007 in Heiligendamm auch aussehen könnte ... :

"Hallo, ich begrüße euch zur Abschlusskundgebung in Heiligendamm 2007. Wir blicken direkt aufs Meer, das Hotel versperrt nicht mehr den Blick aufs Meer. Die Revolution hat begonnen. Und obwohl es jetzt viel zu tun gibt an dieser Stelle ein kleiner Rückblick: Während wir in Rostock-Laage noch auf die Air Force One und andere Chefs und Chefinnen warteten - heute wissen wir, dass die meisten von Ihnen durch massive Proteste in ihren Ländern gezwungen waren zu Hause zu bleiben - haben wir uns daran gemacht, den militärischen Teil des Flughafens lahm zu legen. Der Versuch der wenigen Delegierten mit Autos durchzukommen, ist an den massenhaften Blockaden auf den Straßen gescheitert. Da die Bullen sich dabei meist selbst im Weg standen, hatten die Blockierer Zeit, währenddessen die Themen des Alternativen Gipfels auf der Straße zu diskutieren und auch die umliegenden Genfelder gleich zu zerstören. Die Firmen dazu sind unbrauchbar gemacht, die Hotels umgewidmet. Überall in Deutschland brennen die Villenviertel und Bankzentren, denn die Zurückgebliebenen waren nicht untätig angesichts der Bullenabstinenz. Einige erholen sich jetzt auf dem schönen Gelände des Bombodroms, wo ein internationales revolutionäres Hüttendorf entstanden ist. Denn jetzt geht es erst richtig los!"

Ganz so schön wird es vielleicht nicht im kommenden Jahr, aber ein besseres Szenario als die absolute Niederlage können wir uns auch vorstellen. Gerade gegenüber den tatsächlich gut ausgerüsteten Bullen in Deutschland haben wir uns in den vergangenen Jahren oft auf unserer vermeintlichen Schwäche ausgeruht. Diese Haltung sollten wir angesichts des internationalen Charakters der Gipfelproteste ruhig mal beiseite legen und die engen repressiven nationalen Grenzen in unseren Köpfen sprengen. Wir werden mit vielen entschlossen Menschen vor Ort sein und diese Stärke sollten wir auch nutzen.

In den vergangenen Wochen gab es gerade in der internationalen Debatte einige Papiere darüber, was und wie und ob in Heiligendamm gegen das Treffen der G8 Widerstand geleistet werden soll. Unser Papier richtet sich an diese Debatte, denn wir wollen gemeinsam mit vielen in der internationalen Vorbereitung Strategien und Ideen entwickeln für einen erfolgreichen Widerstand, in dem wir unsere Chancen und Stärken konsequent nutzen. Dabei wollen wir nicht verschiedene Protestformen gegeneinander diskutieren. Es wird im kommenden Jahr große Massenblockaden geben, genauso wie dezentrale Aktionen und je besser unsere Strategien aufeinander abgestimmt sind, desto erfolgreicher werden wir sein.

So schlägt das Papier des Kollektivs 22. Oktober vor, den Gipfel im kommenden Jahr zu nutzen, um uns weiter zu vernetzen und Strategien für den internationalen Protest zu entwickeln. Vor und nach dem Gipfel soll es internationale Treffen geben, die Tage selber sollen genutzt werden, überall auf der Welt die globale Wirtschaft lahm zu legen. Das Papier richtet sich nicht gegen Massenblockaden, aber gegen eine einzige, weil wir immer nur erfolgreich sind, wenn wir eine neue innovative Strategie haben. Das mit der neuen Strategie sehen wir genauso, aber dass alle zu Hause bleiben und dort Widerstand leisten, ist so neu nicht und funktioniert unserer Meinung nach nicht (wenn es allerdings zahlreiche Vorfeldaktionen in vielen Ländern, Städten etc. geben würde, wäre das großartig!) Während des Gipfels zu Hause zu agieren vermittelt eine scheinbare Sicherheit, aber bei solchen Aktionen werden wir viel weni-

ger sein, und genau das macht es einfacher für die Staatsmacht, sich darauf einzustellen. Zudem werden wir vereinzelt und in kleinen Aktionen nicht als gemeinsamer großer Protest wahrgenommen werden und uns gegenseitig auch nicht als ein Teil einer großen internationalen Bewegung wahrnehmen. Wir widersprechen einem Szenario einer Staats-Allmacht, denn unsere Erfahrungen zeigen, dass wir trotzdem immer wieder die Lücke finden können, wenn wir flexibel und unkalkulierbar sind. Flexibel heißt auch, sich nicht jetzt, Monate vor dem Gipfel auf nur eine Strategie festzulegen, aber davon später mehr. Bei allen vorherigen Gipfeln gab es Szenarien von Repression, aber immer war es möglich, entschlossen widerständisch zu sein. Wir werden viele sein und daher auch trotz großem und sicher gut vorbereitetem Bullenaufgebot unberechenbar. Genau hierin lag auch in den vergangenen Jahren eine große Stärke der Gipfelproteste. Und die sollten wir nutzen, um das Gipfeltreffen konsequent anzugreifen.

Auch das Papier des 11. November geht davon aus, dass wir während der Tage des Gipfels nicht in Heiligendamm vor Ort sind. Sie sind aber auch dagegen, zu Hause zu bleiben. Stattdessen schlagen sie ein Treffen am Gipfelort in den zehn Tagen vorher vor, um uns dort auszutauschen und dann zu Gipfelbeginn aufmachen, Deutschland – und hier speziell die Zentren von Kapital und Staatsgewalt - zu blockieren. Nun gibt es sicher in Deutschland einiges zu blockieren, anzugreifen und zu zerstören, doch das gibt es in MeckPomm auch. Deswegen finden wir es richtig, nach Heiligendamm zu mobilisieren. Denn es ist ja nicht so, dass MeckPomm ein ödes Land ist, an dessen Küste ein einsames Hotel steht, das den Blick aufs Meer versperrt. Wir stellen uns vor, die Gipfeltage mit einer Blockade und Aktionen am Flughafen Rostock-Laage zu beginnen. Der Flughafen ist nicht nur ein wichtiger Stützpunkt der Bundeswehr und anderer Armeen, Übungsflughafen für den Eurofighter etc. Hier wird auch ein Großteil der Delegierten und die ChefInnen selbst landen. Mit gut durchdachten Aktionen können wir hier dafür sorgen, dass der Gipfel gar nicht erst beginnt.

Die Erfahrungen aus dem Castorwiderstand zeigen, dass gerade Straßenblockaden effektiv sein können, auch wenn es nicht gerade unsere präferierte Protestform ist, uns an passiven und berechenbaren Sitzblockaden zu beteiligen. Besonders effektiv sind wir allerdings dann, wenn wir verschiedene Formen miteinander kombinieren können. Für die Blockadestrategie schlagen wir daher vor, neben wichtigen Zufahrts- oder Verbindungsstrecken die Städte in MeckPomm (Rostock, Schwerin, Wismar) mit einzubeziehen ebenso wie Biotechnologie und andere Unternehmen in der Region, die beispielsweise die Infrastruktur des Gipfels stellen. Die Listen mit entsprechenden Orten und Zielen, die Karten mit Genfeldern, Bullenstationen, militärischen Einrichtungen usw. usw. werden gerade hergestellt! Block MeckPomm! Auch Kühlungsborn wird eine wichtige Rolle spielen, denn in Heiligendamm selbst gibt es gar nicht genügend Übernachtungs- und Konferenzmöglichkeiten für ein solches Treffen. Es geht um 1200 Delegierte, die werden irgendwo schlafen, essen und sich auch bewegen müssen. Greifen wir sie überall an, wo sie uns begegnen, am Hotel, auf der Straße usw. - aber nutzen wir auch unsere Stärke, die entsteht, weil wir viele und unberechenbar sind. Denn es ist ja nicht so, dass die Bullen immer wissen was wir planen und Erfahrungen mit anderen Protesten zeigen, dass trotz aufgefahrenen Polizeistaat immer wieder Dinge möglich sind. Auch für die nach unseren Vorstellungen große machtvolle Demo am Donnerstag in Richtung Heiligendamm sehen wir gute Möglichkeiten nach der bereits erwähnten Lücke zu suchen. Denn wenn wir unsere Möglichkeiten konsequent nutzen, kann aus dieser Stärke heraus mehr entstehen.

Und wenn tatsächlich gar nichts geht, weil alles hermetisch abgeriegelt ist, sollten wir klar einen Plan B, C etc. in der Tasche haben. Vielleicht sind wir auch alle noch super motiviert, weil die ersten Tage so gut gelaufen sind? Für diese beiden Fälle begrüßen wir den Vorschlag, bestimmte Zentren und empfindliche Orte in Deutschland mit in den Protest einzubeziehen, aber wann und wo würden wir gerne noch diskutieren. Ob wir vor den Gipfeltagen schon loslegen, währenddessen noch mal woanders auftauchen oder danach gleich weitermachen, sollten wir diskutieren und es uns aber angesichts dessen, dass die Bullen schon auch immer mitbekommen, was wir so vorhaben, möglichst lange offen halten. Dazu brauchen wir ein gutes Kommunikationssystem, das den Anforderungen von flexiblen unberechenbaren und entschlossenen Gruppen gerecht wird, aber neben technischen Finessen auch direkte Begegnung, Vertrauen und persönlichen Austausch. Durch all das erhalten wir uns die verschiedenen Möglichkeiten, sie immer wieder überraschend anzugreifen.

Was sind Eure Überlegungen, Eure Pläne A, B und C? Wir freuen uns darauf, mit Euch weiter zu diskutieren und zu planen, z.B. in Warszawa im Februar, aber auch morgen Abend am Küchentisch ...

P.A.U.L.A. im Dezember

In den Ländern der Gruppe der Acht leben zwar nur 13,5 % der Weltbevölkerung, dort entstehen aber fast zwei Drittel des Welt-Bruttonationaleinkommens. (Tabelle aus de.wikipedia.org)

2004	Bevölkerung		BNE	
	Mio.	%	Mrd. $	%
Welt	6345,1	100	39833,6	100
USA	293,5	4,6	12150,9	30,5
Japan	127,8	2	4749,9	11,9
Deutschland	82,6	1,3	2489	6,2
Vereinigtes Königreich	59,4	0,9	2016,4	5,1
Frankreich	60	0,9	1858,7	4,7
Italien	57,6	0,9	1503,6	3,8
Kanada	31,9	0,5	905,6	2,3
Russland	142,8	2,3	487,3	1,2
G8	855,6	13,5	26161,4	65,7

Linke Anti-G8 Bündnisse (HH, Kiel & bundesweit):

Überblick ist alles. Eine lockere WER-MACHTWAS-Sammlung ohne Anspruch auf Vollständigkeit folgt hier und natürlich in den nächsten Heften. Meldet euch, wenn ihr euch vernachlässigt fühlt.

Dissent!:
Vernetzung von linken Gruppen und Einzelpersonen zum Widerstand gegen den G8-Gipfel. Die Aktivist_innen beziehen sich auf die Grundsätze von People Global (PGA-Hallmarks). (http://dissentnetzwerk.org und https://hamburg.dissentnetzwerk.org/)

FLT:
"FrauenLesbenTrans-Vernetzung", hat bisher zu zwei Treffen in HH eingeladen. Nächstes Treffen ist am 14.02. in der HafenstraßenVokü.

Hamburger Anti- G-8 Forum:
Bündnistreffen in der W3 von Avanti, Attac, IG-Metall-Jugend und kirchlichen Gruppen.

Hamburger Anti-G8 Vernetzungstreffen:
Delegierte von verschiedenen Hamburger linken Gruppen treffen sich in der Chemnitzstraße für Absprachen und Planungen im Zusammenhang mit der Mobilisierung in Hamburg - zum und während des Gipfels.
Nächstes Treffen ist am 18.01.

IL: "Interventionstische Linke", Bündnis von ALB, Avanti, FelS; Libertad, Bundeskoordination Internationalismus, ak, et al. (http://www.g8-2007.de und G8xtra-Zeitung)

Kieler Netzwerk gegen den G8-Gipfel:
Bündnis aus verschiedenen Gruppen in Kiel, u.a. mit der Intention ein Schleswig-Holstein-weiten Zusammenhang nach Heiligendamm zu mobilisieren (www.norden-gegen-g8.info).

Hannoveraner G8 Koordinierungskreis:
Nach dem Treffort Hannover benannter, aber bundesweites, spektrenbreites Treffen. Aus NGO, IL, kirchlichen und friedenspolitischen Gruppen, Parteijugend und Dissent! bestehend, nimmt dieser Kreis eine tragende Rolle in der Koordinierung der so genannten Gesamtchoreografie ein. Von diesem gingen auch die zwei bisherigen Aktionskonferenzen in Rostock aus.

Revolutionäres Bündnis:
"Anti-G8-Bündnis für eine revolutionäre Perspektive", ein Zusammenschluss kommunistischer Gruppen. Nimmt auch an Dissent! teil. (http://antig8.tk)

P.A.U.L.A.: "überregionales Plenum, anti-autoritär, unversöhnlich, libertär, autonom", hat sich bisher mit einzelnen Aufrufen zur Blockade des G8-Treffens zu Wort gemeldet (Zeck 135, 136)

außerdem:
Mobilisierungen, Vernetzungen und Arbeitsgruppen quer durch die Bank: Convergence-Center, Kampagne Block G8, Treffen für Aktionen zum Bombodrom, Migrationspolitische Mobilisierung, Aktionskonferenz Rostock, Campgruppe, EA-Vernetzung, Euromarsch Netzwerk.

Hamburg
Convergence Center

Liebe Leute,

wir planen in der Zeit vom 26.05.07 bis zum 10.06.07 zur Unterstützung der Proteste gegen den G8 Gipfel in Heiligendamm (06.06. bis 08.06) ein Convergence Center bei uns in Hamburg, konkret in der Roten Flora, einem seit 16 Jahren besetzen, unbewohnten aber vielfältig genutzten linkspolitischen Zentrum - aufzubauen. Der genaue Zeitraum soll sich an den Bedürfnissen teilnehmender Gruppen orientieren.

Wir denken, dass es sinnvoll ist, bereits eine Woche vor dem Beginn des G8-Gipfels eine Anlaufstelle für internationale AktivistInnen zur Vernetzung und Vorbereitung zur Verfügung zu stellen.

Um die lokalen Kämpfe in einen globalen Zusammenhang stellen zu können, bietet sich eine Metropole wie Hamburg als Aktionsfeld geradezu an. Als größter Seehafen Deutschlands und "Tor zur Welt" ist Hamburg eine Nahtstelle für die globale Ausbeutung der Welt. Wir halten es daher für eine gute Gelegenheit, den Fokus nicht nur auf Heiligendamm zu richten, sondern die Profiteure der neoliberalen G8 Politik auch lokal anzugreifen und in die Öffentlichkeit zu zerren.

Das Convergence Center ein Ausgangspunkt soll ein Ort konkreter Vorbereitung auf die Gipfelproteste sein.

Besonders wichtig ist uns dabei, den Internationalen eine gute Basis für ihren Widerstand in Deutschland zu geben. Es werden Workshops angeboten, Schlafplätze zur Verfügung gestellt, Kontakte können geknüpft werden und es besteht die Möglichkeit, sich mit Infos auszustatten.

Dies stellt für uns eine logistische Herausforderung dar und ihr seid hiermit aufgefordert, euch aktiv an der Arbeit zu beteiligen und im geplanten Zeitraum auch vor Ort zu sein.
Insbesondere möchten wir auch alle internationalen AktivistInnen aufrufen, sich mit ihrer Kreativität, ihren Ideen und Aktionen in Hamburg ab jetzt und während des Centers einzubringen und mitzuhelfen.

Wir halten es für sinnvoll, zusätzlich zu den Aktivitäten und Camps in MeckPom einen Anlaufpunkt, Ort der Vorbereitung und des Rückzugs in nahe liegenden Städten zu haben und würden deshalb auch die Organisation von Convergence Centern in Städten wie Rostock oder Berlin begrüßen.
Konkrete Unterstützung brauchen wir unter anderem bei:
VoKü / Essen, Pennplätze, Infrastruktur / Material aller Art, DolmetscherInnen, SanitäterInnen, Veranstaltungen und Workshops (siehe Workshopplanung für Beschreibung).
Wiki: www.hamburg.dissentnetzwerk.org unter der Rubrik "Convergence Center"
Wir brauche euren Spenden!
Kontakt per mail: convergence-hh[at]dissentnetzwerk.org

Kontakt zu allen drei Convergence-Centers in Berlin, Hamburg und Rostock:
convergence-center-g8-2007[AT]mail.nadir.org



Termine für den G8-Widerstand:

4.Januar:
Kiel, Treffen des Kieler Netzwerkes gegen den G8-Gipfel, Gewerkschaftshaus, Legienstraße 22, 19.30 Uhr
5.Januar:
Neuruppin, Offenes Bündnistreffen "NoWar-NoG8" für Planung der Aktion(en) auf dem Bombodrom, 18 Uhr, Cafe Hinterhof, Rudolf-Breidscheidstr. 38
5.-7.Januar:
Berlin, Treffen "Migrationsbezogene Aktivitäten im Rahmen der Gesamtchoreographie gegen G-8-Gipfel", Silbersteinstr. 96
13. Januar:
Berlin, Treffen Arbeitsauschuss ROKOKO 12.00 Uhr
12. -14. Januar:
Hannover, Aktionswerkstatt, G8 den Wind aus den Segeln nehmen, JANUN und attac, IGS Linden, Am Lindener Berge 11
13. Januar:
Hamburg, Treffen zur Klärung einer internationalistische Konferenz in HRO ab 2.6.2007, 14.00 Uhr, Chemnitzstr. 3-5
14. - 16. Januar:
Dresden, Informelles Treffen der EU-Minister für Justiz und Inneres (Themen: Kampf gegen den Terror und Flüchtlingspolitik)
17. Januar:
Hamburg, Vorlesung "HIV/AIDS, Malaria und andere Krankheiten bekämpfen" mit Prof. Dr. Wolfgang Hein, Sonja Bartsch und Lars Kohlmorgen (German Institute of Global and Area Studies, Hamburg), Dr. Christian Wagner (BUKO Pharma-Kampagne), 18-20 Uhr, Uni Hamburg, Raum 221 im Hauptgebäude, Flügel Ost, Edmund-Siemers-Allee 1
18. Januar:
Kiel, Treffen des Kieler Netzwerkes gegen den G8-Gipfel, Gewerkschafthaus, Legienstraße 22, 19.30 Uhr
18. Januar:
Hamburg, Hamburger-Anti-G8-Vernetzungstreffen, Chemnitzstraße 3-5, 19.30 Uhr
19. - 21. Januar:
Bremen, dissent!-Treffen
25. Januar:
Hamburg, Vortrag und Diskussion "Mauretanien: Transitland für MigrantInnen oder Hilfspolizei der EU", 19.30 Uhr, Dritte Welt Zentrum, Nernstweg 32-34, VA: Dritte Welt Zentrum
20. - 25. Januar:
7. World Social Forum (WSF) in Nairobi
24. Januar:
Hamburger Anti- G-8 Forumstreffen, Werkstatt 3 (Saal), Nernstweg 32, 19.30 Uhr
24. - 28. Januar:
World Economic Forum, Davos
31. Januar:
Hamburg, Vorlesung "Aufbau einer weltweiten Partnerschaft für Entwicklung" mit Prof. Dr. Elmar Altvater, Stephan K. Ohme, 18-20 Uhr, Uni Hamburg, Raum 221 im Hauptgebäude, Flügel Ost, Edmund-Siemers-Allee 1,
3./4. Februar:
Berlin, Koordinierungstreffen Methodik Popular Education im Rahmen Mobilisierung gegen G8
9./10. Februar:
Treffen der G7 Finanzminister und Notenbankgouverneure in Essen
9. - 11. Februar:
NATO Sicherheitskonferenz, München
9. - 11. Februar:
Warszawa, Internationales Treffen des G8 Widerstands

Regelmäßige Veranstaltungen:
Risse in der glatten Welt"
Kiel, eine kapitalismuskritische Filmreihe in Hinblick auf den G8-Gipfel, jeden 2. und 3. Dienstag im Monat im Subrosa, Elisabethstraße 25, 19.30 Uhr

Wechselnde Themen zur Anti-G8-Mobilisierung
Hamburg, Hafenvokü, sonntags ab 17 Uhr, Hafenstraße

NUR NOCH 23 WOCHEN BIS ZUM GIPFEL - JETZT ZUSCHLAGEN!

Zahlung von Entschädigung für die Verbrechen des Kolonialismus sofort - bedingungslose Streichung aller "Schulden" des Trikonts

"Der Reichtum der imperialistischen Länder ist auch unser Reichtum. Europa hat sich an dem Geld und den Rohstoffen der Kolonialländer unmäßig bereichert: aus Lateinamerika, China und Afrika, aus allen diesen Kontinenten, denen Europa heute seinen Überfluss vor die Nase setzt, werden seit Jahrhunderten Gold und Erdöl, Seide und Baumwolle, Holz und exotische Produkte nach eben diesem Europa verfrachtet. Dieses Europa ist buchstäblich das Werk der Dritten Welt. Die Reichtümer an denen es erstikkt, sind den unterentwickelten Völkern gestohlen worden. Die Häfen von Holland, die Docks von Bordeaux und Liverpool, die sich auf den Sklavenhandel spezialisiert hatten, verdanken ihren Ruf Millionen deportierter Neger. Und wenn wir ein europäisches Staatsober-haupt mit der Hand auf dem Herzen erklären hören, dass man den unglücklichen unterentwickelten Völkern zu Hilfe kommen müsse, so erzittern wir nicht vor Dankbarkeit. Ganz im Gegenteil, wir sagen uns: das ist eine gerechte Reparation, die man uns schuldig ist."

Frantz Fanon 1951

Damit diese Erkenntnis auch in der exklusiven Runde des Bundeskabinetts Resonanz findet, haben wir Finanzstaatssekretär Thomas Mirow einen Weihnachtsbesuch abgestattet und eine millitante Bescherung bereitet.
Wenn sich in 6 Monaten der Tross der politischen Klasse aus den G8-Staaten im mondänen Ostseebad Heiligendamm ein Stelldichein gibt, um dort sein jährliches Sommerspektakel imperialistischer Weltherrschaft zu inszenieren, wird auch Staatssekretär Mirow mit von der Partie sein - sofern nicht 10.000de wütende Widerständige mit Blockaden der Zufahrten, mit Angriffen auf die rote Zone, auf die Tagungsorte, Hotels etc. dieses Treffen vorzeitig beenden.
Thomas Mirow sitzt an mehreren strategischen Schalthebeln der Macht. In seiner Eigenschaft als Staatssekretär im Bundesfinanzministerium ist er zuständig für die Bereiche Geld und Kredit, internationale Finanz- und Währungsbeziehungen und Europapolitik. In seiner Verantwortung liegt die Koordinierung der Finanzpolitik mit den Geschäften der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW).
Mirow vertritt zusammen mit Finanzminister Steinbrück die Interessen der Bundesregierung beim IWF und nimmt regelmäßig an den strategischen Zusammenkünften der G7 Finanzminister am Rande der IWF- und Weltbanktagungen teil. Er sitzt für das Finanzministerium im Gouverneursrat der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, kurz gesagt, Thomas Mirow ist zur Stelle wo immer in Deutschland und in internationalen Organisationen über Schuldenprogramme , Kreditvergabe oder "Strukturanpassung" für die Regionen des Trikonts entschieden wird.
Seine Kompetenzen für Europapolitik konnte er schon unter Ex-Bundeskanzler Schröder unter Beweis stellen, wo er als "Kanzlerberater" den sogenannten "Lissabonprozess" mitorganisierte, der die EU zur wettbewerbsfähigsten Weltmacht entwikkeln soll. Thomas Mirow ist von der Bundesregierung mit der Vorbereitung des G8-Treffens in Heiligendamm 2007 betraut. Bei sogenannten "Sherpa-Treffen" der G7 Finanzstaatssekretäre wurde die Übernahme der G8-Präsidentschaft durch Deutschland ab Januar 2007vorbereitet. Im Juli 2006 trafen sich ebendiese unter "Sherpa" Mirows Leitung im Gästehaus des Hamburger Senats. Themen des Treffens waren: die Stabilität der Finanzmärkte in den Schwellenländern, die zukünftige Finanzierung des IWF und die Entwicklung der Energiemärkte.

Es steht zu erwarten, dass es während des Gipfels in Heiligendamm zumindest ansatzweise zu einer Fortsetzung des "historischen Schuldenerlassgipfels von Gleneagles" kommen wird. Bundeskanzlerin Merkel hat am Rande des G8-Gipfels in St. Petersburg im Sommer diesen Jahres anklingen lassen, dass "Armutsbekämpfung" eines der Themen für die Tage im Juni 07 an der Ostsee sein wird. Ein weiterer Punkt auf der Agenda soll Afrika sein.
Die Afrikapolitik soll auch während der 6-monatigen deutschen EU-Präsidentschaft zentrales Thema werden. Ein EU-Afrika-Gipfel wird bereits vorbereitet.
Im Rahmen der Mobilisierung bis zum Gipfel und während der Tage von Heiligendamm muss laut und unmissverständlich klargestellt werden, wer hier bei wem noch Schulden hat. Das sind nicht die sogenannten "Entwicklungsländer", die gezwungen werden, jährlich 300 Mrd. US-Dollar nur für Zinsen und Tilgung von Krediten aufzubringen, ihre Märkte für die Industrieländer zu öffnen, staatliche Infrastruktur zu privatisieren und die Rohstoffquellen für den Reichtum anderer sprudeln zu lassen.

Täglich sterben 100.000 Henschen an Hunger oder seinen unmittelbaren Folgen, 850 Mio Menschen sind unterernährt, obwohl die Weltlandwirtschaft problemlos 12 Milliarden Henschen ernähren könnte - fast die doppelte Erdbevölkerung. 1 Milliarde Menschen haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser, Erkrankungen wie Durchfall, Malaria oder HIV kosten jährlich 15 Millionen Menschen das Leben, weil sie keinen Zugang zu den notwendigen Medikamenten bekommen, während die Pharmaindustrie Milliardengewinne einfährt. Das alles gehört untrennbar zum über 500-jährigen imperialistischen Krieg, der endlich beendet werden muss - und zwar sofort, bedingungslos. Als Schritte auf dem Weg zu einer Welt, in der alle Menschen in Würde und unter gleichen Bedingungen leben können, fordern wir die sofortige bedingungslose Streichung der "Schulden" aller Länder des Südens und die Zahlung von Reparationen für die Verbrechen des Kolonialismus und Imperialismus, wie es seit Jahrzehnten von sozialen Bewegungen aus dem Trikont verlangt wird. Hunderte Millionen Menschen wurden während des Sklavenhandels ermordet und deportiert. An die deutsche Regierung bestehen Reparationsforderungen von Nachfahren der Herero und Nama für den Völkermord in Namibia während der deutschen Kolonialherrschaft. Auch wir wollen die Mobilisierung zum G8-Gipfel 2007 nutzen, um europäische und deutsche Kolonialherrschaft zu thematisieren und die postkoloniale Politik und die imperialistischen Militäreinsätze zum Beispiel in Afrika anzugreifen.

Im Verlauf der militanten Kampagne gegen Heiligendamm kam es bereits zu mehreren Aktionen, die die Zusammenhänge von Kolonialismus, Imperialismus, Krieg und aktueller deutscher Politik thematisiert haben, so zum Beispiel die materiell nachhaltigen Angriffe auf das Gästehaus des Auswärtigen Amtes in Berlin im Oktober 2005 und auf den Sitz der Deutschen-Afrika-Linie in Hamburg im Oktober 2006. Das

Gästehaus brannte komplett aus und bei der DAL bewirkte der Brandanschlag eine mehrtägige Unterbrechung des Geschäftsbetriebs.
Wir greifen mit unserer Aktion die Impulse der GenossInnen auf und wollen ein klares Zeichen setzen für militante Intervention - sowohl in der Mobilisierung für Juni 2007, wie auch in den Tagen des Gipfels selbst. Ein Gipfelsturm kann nur erfolgreich sein, wenn der Widerstand breit und vielfältig ist und sich nicht spalten lässt in gute ProtestiererInnen und böse ChaotInnen.

AG Kolonialismus und Krieg
in der militanten Anti-GB-Kampagne

THOMAS MIROW
GRASWEG 48
22299 HAMBURG

Klares Zeichen:

Mit Anschlägen auf Unternehmer und Politiker bereitet sich die militante Linke auf den G-8-Gipfel im Juni in Heiligendamm vor, das Bundeskriminalamt ist besorgt.

Es war gegen 3 Uhr früh in der Nacht vom ersten auf den zweiten Weihnachtstag, als die besinnliche Ruhe im feinen Hamburger Stadtteil Winterhude empfindlich gestört wurde: Vor einer gediegenen Backsteinvilla ging ein Mini in Flammen auf. Flaschen, gefüllt mit Farbe, flogen im Schein des Feuers gegen die Fassade, zerbarsten und hinterließen blaue Flecken am roten Stein.
Herr des Hauses ist Thomas Mirow, 53, Staatssekretär im Bundesfinanzministerium und dort zuständig für internationale Finanzmärkte. Der einstige Hamburger Wirtschaftssenator und Bürgermeisterkandidat der Sozialdemokraten ist in der Steinbrück-Behörde beauftragt, den G-8-Gipfel im Juni im Nobelbadeort Heiligendamm an der Ostsee zu organisieren. Mirow sitze an "strategischen Schalthebeln der Macht", heißt es in dem Bekennerschreiben, das am nächsten Tag bei der "Hamburger Morgenpost" einging.
Der Anschlag auf Mirows Haus ist der jüngste einer ganzen Serie von militanten Aktionen gegen Politiker und Unternehmer in Berlin und Norddeutschland. Weil die zunehmende Zahl der Attacken im Vorfeld des Treffens der Staats- und Regierungschefs der acht wichtigsten Industrienationen den Sicherheitsbehörden mehr und mehr Sorge bereitet, hat Generalbundesanwältin Monika Harms den Hamburger Fall übernommen und das Bundeskriminalamt (BKA) mit den Ermittlungen betraut. "Die bisherigen Straftaten geben Anlass zu großer Besorgnis", warnt BKA-Präsident Jörg Ziercke, es gebe unter den Protestlern ein "großes Gewaltpotential".
Eine Woche lang wird der Luxuskurort Heiligendamm Anfang Juni im Mittelpunkt der Weltöffentlichkeit stehen. Kamerateams aus allen Kontinenten werden nicht nur filmen, wie Angela Merket ihre Amtskollegen empfängt, sondern auch, wie bis zu 100.000 Demonstranten jenseits eines weiträumigen Hochsicherheitszauns gegen die international höchst umstrittene Zusammenkunft protestieren.
Zu dem Anschlag auf Mirow bekannte sich denn auch auf drei eng beschriebenen Seiten eine Gruppe "Kolonialismus und Krieg in der militanten Anti-G-8-Kampagne", die mit ihrer Aktion "ein klares Zeichen" setzen wollte - sowohl für die "Mobilisierung für Juni 2007, wie auch in den Tagen des Gipfels selbst".
Die Gruppe stellte ihre Tat in eine Reihe mit dem Feuer, das "Autonome Gruppen" im Oktober 2005 im Berliner Gästehaus des Auswärtigen Amts legten und das einen Millionenschaden verursachte, sowie mit dem Brandanschlag im Oktober 2006 auf den Sitz der Deutschen Afrika-Linien in Hamburg wegen deren Rolle in der deutschen Kolonialgeschichte.
Sicherheitsexperten vermuten deshalb, dass zumindest einige dieser Gruppen untereinander in Kontakt stehen. Bei den Tätern könnte es sich um eine Mischung aus altgedienten Antiimperialisten und aktionsorientierten Autonomen handeln. Sollte die klandestine Allianz tatsächlich existieren, nötigt ihre Konspiration den Ermittlern ein gewisses Maß an Respekt ab. "Wir haben zwar eine Vorstellung von dem Profil der Täter, aber keine konkreten Hinweise auf einzelne Personen oder Gruppen", räumt der Hamburger Verfassungsschützer Manfred Murck ein.
Dabei wird der "Gipfelsturm" (Protestaufruf) bereits seit gut einem Jahr akribisch vorbereitet. Im August 2005 meldete sich eine Hamburger Gruppe in der Szene Postille "Interim" zu Wort und schlug jene "militante Kampagne zu G-8" vor.
Und als hätte es eines Beweises der Ernsthaftigkeit bedurft, erläuterte die Gruppe seitenlang, warum sie zuvor den Dienstwagen von "Hamburgs wichtigstem Industrieboss" ("Bild") Werner Marnette abgefackelt hatte: weil Marnettes Norddeutsche Affinerie in der ausbeuterischen Tradition des Kolonialismus stehe.
Seitdem beteiligen sich diverse Untergrundzellen vor allem aus Hamburg und Berlin an der Kampagne.
So deponierte in Berlin die "militante Gruppe" im Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung im November 2005 einen Brandsatz;
- fackelte im April 2006 eine Gruppe "fight 4 revolution crews" den Mitsubishi des Chefs des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstituts, Thomas Straubhaar, ab;
- bewarfen Unbekannte Ende August 2006 das Haus des mecklenburg-vorpommerschen Ministerpräsidenten Harald Ringstorff mit Steinen und Farbe.

Seit Monaten schon ist das Treffen der internationalen Polit-Prominenz das dominierende Thema der außerparlamentarischen Linken. Mitte November trafen sich rund 45o Globalisierungskritiker in Rostock, um über dezentrale Blockaden, Großdemonstrationen und andere Formen des Protestes zu beraten. Für die Sicherheitskräfte bedeutet der 90 Millionen Euro teure Gipfel eine gewaltige Herausforderung. Vorsichtsmaßnahmen scheinen jedoch schon jetzt geboten: Vergangenen Donnerstag wurde das G-8-Tagungshotel in Heiligendamm mit Farbbeuteln beworfen - laut Bekennerschreiben der Auftakt für weitere Aktionen gegen den Gipfel.
Der Showdown an der Ostsee gilt als eine Art "Wiederbelebungsprogramm für eine eigentlich kriselnde militante Linke", wie ein Ermittler formuliert. Im optimalen Fall, hoffen die nächtlichen Brandstifter, springe der Funke auch auf die vielen Globalisierungskritiker über, die bislang nicht mit Gewalttaten aufgefallen seien: "Ob aus den dezentralen Blockaden ein Sturm auf die Rote Zone wird", heißt es in einem jüngst veröffentlichten Protestaufruf, hänge "von den Kräfteverhältnissen vor Ort ab".

H. Stark, A. Ulrich
Spiegel 1 / 2007

antifa reloaded

Auf Grund eines technischen Defekts musstet ihr in der letzten Zeck auf uns verzichten. Das holen wir jetzt nach. Außerdem haben wir uns für die kommenden Ausgaben überlegt Aufbau und Gestaltung unserer Seiten etwas neu zu stylen. Es wird ab dieser Ausgabe folgende Kategorien geben: "Facts" da werden die inhaltlichen Artikel erscheinen, auch mal was mit Analyse und so / "Preview" hier werden verschiedene Aktionen und Kampagnen ausführlicher vorgestellt/ "Stickeralbum" unsere altbewährte Sammelbildchenkategorie / "Newsticker" dort werden euch einfach die Short-News rund um Antifa und Naziaktivitäten um die Ohren geballert / "Dates" alle Termine die für Hamburg und drumrum wichtig sind.
Und ja Anglizismen müssen sein!
Eure Antifa-Lokalrunde / `cause deutschland has gotta die!

FACTS:

Den Falschen ans Bein gepisst?! Bullen verhindern DGB-Jugend Veranstaltung

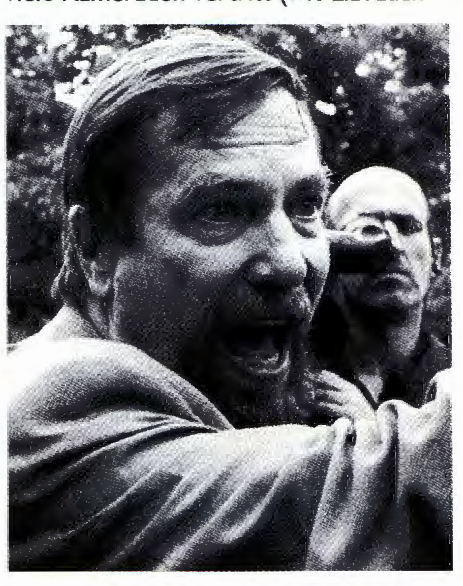
Am 16.11.06 sollte im Bezirksamt Wandsbek im Rahmen der Ausstellung "Rechte Jugendkulturen" der DGB-Jugend Nord die in mehreren Bezirksämtern (Nord, Wandsbek & Eimsbush) gezeigt wurde, zusammen mit dem Hamburger Bündnis gegen Rechts eine Infoveranstaltung zum Thema "Strukturen der Rechten Szene in HH-Wandsbek" stattfinden. Nachdem 2 Nazis schon im Vorfeld die Ausstellung im Bezirksamt Nord besuchten und die Location abcheckten (Sept.`06), dort aber von KollegenInnen des DGB`s hinausgeworfen wurden schlugen sie nun in Wandsbek auf. Ca. 20 Nazis wollten sich Eintritt in die Veranstaltung verschaffen. Sie scheiterten zunächst an den OrdnerInnen der DGB-Jugend. Kurz darauf erschien die Bullen und erzwangen den Abbruch der Veranstaltung. Obwohl es im Vorfeld zwischen DGB-Jugend und Bullen Gespräche gab in den von seiten der DGB-Jugend klar auf den in den Einladungen deutlichen Zusatz "Mitglieder und Anhänger rechtsextremer Parteien und Organisationen wie NPD, DVU, Rep und der "Freien Kameradschaften" haben keinen Zutritt zu der Veranstaltung (nach § 6, VersG)" verwiesen wurde und deutlich gemacht wurde, dass das Hausrecht bei den VeranstalterInnen lag, machten die Bullen die Ansage dass entweder die Nazis in die Veranstaltung dürften oder aber sie abgebrochen werden müsste. Die DGB-Jugend entschieden sich in dieser Situation notgedrungen für den Abbruch. Die Bullen nahmen von einigen OrdnerInnen die Personalien auf, da Nazis behaupteten von diesen angegriffen worden zu sein. Im Nachhinein gab es eine Menge sehr lesenswerter Pressemitteilungen der DGB Jugend (www.dgb-jugend-nord.de) wo unter anderem auch auf die ziemlich peinliche PM der Bullen eingegangen wird. Auch werden dort weitere Schikanen der Bullen gegenüber den VeranstalterInnen und das Presseecho thematisiert. Zur Zeit steht eine Feststellungsklage vor dem Verwaltungsgericht an. Das Ganze sollte mit Interesse verfolgt werden, da solch ein Verhalten der Bullen keine Seltenheit ist und das Ganze vor Gericht Präzedenzcharakter hat. Wenn natürlich auch klar ist, dass im Zweifelsfall auch ein Urteil, das die Illegimität des Bulleneinsatzes feststellt, an deren konkreten Verhalten antifaschistischer Veranstaltungen gegenüber nix ändern wird. Da muss auch in Zukunft der antifaschistische Selbstschutz ran! An dieser Stelle Respekt und Dank den GenossInnen und KollegInnen der DGB-Jugend die die Ausstellung nach Hamburg geholt haben. Die Veranstaltung über rechte Strukturen in Wandsbek wird sicherlich wiederholt werden.

STICKERALBUM:



Jan Ole Knudsen alias "Joe" oder auch "Holsteiner-Joe" (Itzehoe/Glückstadt)
- vielgesehener Gast bei Hamburger Nazi-Veranstaltungen
- weitreichende Kontakte in die Nazi-Szene (Freie Nationalisten)
- Administrator Nordstolz-Forum
- rühmt sich, mit seinem Stil unter Linken nie aufzufallen, was ihm wohl jetzt nicht mehr so gut gelingen wird ...

Jürgen Rieger (Hamburg), jajajaja den kennt ihr ja alle, den alten Sack, aber trotzdem!
- Rechtsanwalt, der unter anderem auch viele Kameraden vertritt (wie z.B. auch



Stawitz/Köster wg. der Steinburg-Geschichte siehe auch npd-blog.info/dir/index.php/?p=240
- seit 2006 im Bundesvorstand der NPD und Mitglied der NPD Hamburg
- Bindeglied zwischen NPD und Freien Nationalisten
- Anmelder der Heß-Gedenkmärsche in Wunsiedel
- Aufbau von Nazi-Schulungszentren

NEWS:

Martin Dembowsky abgesägt

Nach jahrelanger Mitgliedschaft in einer Magie-und Esoteriksekte wurde es den Kameraden des Kreisvorsitzenden der NPD Hamburg-Harburg zu bunt.
Als in dem verschwörungstheoretischen Zauber-Zirkel noch angeblich jüdische Praktiken ausgemacht wurden, zwang man Dembowsky alle seine Ämter samt stellvertretendem NPD-Landesvorsitz aufzugeben.

Neuer Kader in der NPD

Der bekannte Neonazi Thorsten de Vries ist in den Landesvorstand der NPD Hamburg aufgerückt. De Vries war bisher besonders durch seine engen Kontakte in das Spektrum der Freien Kameradschaften und zum "Aktionsbüro Norddeutschland" aufgefallen, agierte jedoch seit einiger Zeit zusätzlich bei NPD-Veranstaltungen. Im Juli war er im Umfeld seiner Wohnung in der City von AntifaschistInnen geoutet worden.

Schulungszentrum verhindert

Die Träume eines Nazi-Schulungszentrums in Delmenhorst sind für den Hamburger

Rechtsanwalt Jürgen Rieger endgültig geplatzt. Eine Bürgerinitiative und die Stadt kauften ihm ein Hotel vor der Nase weg und konnten so Schlimmeres verhindern. Rieger verfügt über ein erhebliches Vermögen und versucht seit Jahren immer wieder Immobilien für Nazi-Schulungszwecke zu kaufen. Ein weiteres seiner wahnsinnigen Projekte ist der "Heisenhof" in Dörverden (Nds.).

Erneut NPD-Stände
Nachdem Hamburgs NPD diesen Sommer unter heftigen Störungen versuchte, Infotische in zentralen Stadtteilen wie Eimsbüttel und der City durchzuführen, fährt sie nun scheinbar vorerst wieder in ruhigeren Gewässern. Fünf Infotische im Dezember in Rothenburgsort, Neugraben, Uhlenhorst, Barmbek und Eidelstedt (dazu einer vom Aktionsbüro in Bramfeld) rufen dazu auf, daß das antifaschistische Augenmerk verstärkt auch wieder auf aussenliegende Gebiete gerichtet werden sollte!

DATES:

ANTIFA KAFFEE GEHT AN START, DIGGER!
ZUSAMMEN KÄMPFEN √ ZUSAMMEN FEIERN!
Immer in der Hafenvöku inner Hafenstraße in der Nähe vom Hamburger Hafen, ist klar oder?!
Fr. 2. Februar ab 18 Uhr:
Infos zur geplanten Nazikundgebung am 10.Februar in HH-Bergedorf. Außerdem evtl. Veranstaltung zum jährlichen Nazi-Großaufmarsch im Februar in Dresden.
Fr. 2. März ab 18 Uhr:
Treu nach dem Motto: Selbstgebranntes, Selbstgebrautes & Selbstgekochtes! Inhaltliches kommt sicher noch...

Sa. 10. Februar den ganzen Tag lang:
Antifa-Krawall-Action in Bergedorf: Worch will durch Bergedorf marschieren und gegen den dortigen Moscheebau hetzen. Wir werden das verhindern und den Nazis heimleuchten...

Di. 13. Februar DRESDEN
16 Uhr
Dr. Külz Ring, Altmarktgalerie
deconstruct!
Gegen jeden Geschichtsrevisionismus. Deutsche TäterInnen sind keine Opfer. Nazigroßaufmarsch verhindern.

Näheres unter: venceremos.antifa.net

Termine, Updates und richtig aktuelles wie immer unter:
antifainfo.de und de.indymedia.org

Move ya! Den Nazis rote Zahlen bescheren!

Kein Bock auf Naziläden, Rechtsrock und den ganzen Mist? Dann haben wir da eine Idee!

Die Kampagne "Move ya! Den Nazis rote Zahlen bescheren!" wird von verschiedenen autonomen linken Gruppen aus Hamburg und Schleswig-Holstein unterstützt.
Sie soll dazu dienen, auf die Existenz und vor allem auf die Zunahme von neonazistischen Vertriebsstrukturen in Norddeutschland aufmerksam zu machen.

Seit mehreren Jahren steigt die Anzahl von Neonaziläden und -versänden auch in Norddeutschland stetig an. Naziläden wie der in Wrist, "Odin & Freya" in Hamburg, "Fight wear" in Lübeck, sowie die Versände "Ruf des Nordens" und bis vor kurzem auch "Hate core", bieten den Nazis Strukturen, von denen sie vor einigen Jahren nur träumen konnten.

Doch die Neonaziszene hat sich gewandelt. Heutzutage trifft man nur noch selten den "typischen" Neonazi in Bomberjacke und Springerstiefeln.
Die extreme Rechte verabschiedet sich zunehmend von ihren dogmatisch kulturellen Mustern und orientiert sich an den kulturellen Codes der autonomen linken Bewegung und von linken Strukturen agitierten Jugendkulturen. Nazis mit langen Haaren und/oder weiten Hosen im Hip Hop Style sind keine Seltenheit mehr. Stil und Aufmachung werden von den Nazis oft eins zu eins kopiert und mit rechten Inhalten versetzt. Nur noch szeneinterne Symboliken weisen auf die Mitgliedschaft in der Neonaziszene hin.

In diesem Sinne haben sich auch die Klamottenmarken und -läden der Nazis verändert. Man setzt heute auf ein unangepasstes und "hippes" Aussehen, weg vom Seitenscheitel und Braunhemd.
Dadurch, dass sich das Outfit der Neonazis verändert hat und sie nur noch selten offen als rechtsextrem auftreten, erreichen sie ein Klientel, dass ihnen bisher verschlossen geblieben war, und sie vermeiden Konfrontationen und Komplikationen mit der Öffentlichkeit.
So können sie ihrem Alltag relativ ruhig nachgehen und ihre menschenverachtenden Ansichten verbreiten. Anwohnern und Nachbarn wird meist erst nach antifaschistischer Aufklärungsarbeit bewusst, wer da eigentlich in der Nachbarschaft sein Unwesen treibt.

Doch die Naziläden bieten nicht nur die Einkaufsmöglichkeit für den neuen hippen Lifestyle. Naziläden werden von Rechtsextremen als Treffpunkt, zum Informationsaustausch und Kontakte knüpfen genutzt. So diente z. B. der Naziladen "Odin & Freya" in der Talstr. als Ausgangsbasis für die Angriffe auf linke St. Pauli Fans während des Fußballspiels St. Pauli gegen Chemnitz. Zahlreiche Übergriffe auf alternative Jugendliche wurden aus der Kneipe "Ballmann 7" in Kiel verübt, in der sich Nazis aus dem gesamten Kieler Umland trafen. Der "Club 88" in Neumünster dient den Nazis seit nunmehr zehn Jahren als Treffpunkt!

Mit dem Verkauf und den dadurch erzielten Gewinnen von beispielsweise rechten Musik- oder Modeartikeln unterstützen diese Läden direkt die Neonaziszene und das dahinter stehende, menschenverachtende Weltbild.

Die Kampagne "Move ya! Den Nazis rote Zahlen bescheren!" versucht, die Nazistrukturen in Norddeutschland aus der Anonymität zu reißen und ihre Machenschaften aufzudecken. Nazistrukturen werden von Menschen aufgebaut und betrieben.

Wir wollen den Strukturen der Nazis Namen und Gesichter geben und sie so als das outen, was sie sind: Rassisten, Antisemiten und Faschisten!

Infos und Kontakt unter:
www.move-ya.tk

Post: Move ya!
c/o Schwarzmarkt
Kleiner Schäferkamp 46
20357 Hamburg

Kein Vergeben - kein Vergessen - kein Gedenken!

Jedes Jahr wird im November der Volkstrauertag begangen. In der Nacht zum diesjährigen, am 19.11.a, haben wir an verschiedenen Stellen, an denen sich zum Gedenken der Mörder getroffen wird, ein Zeichen zum Nachdenken gesetzt.



Nazis putzen

Wessen wird gedacht?

In der Regel beziehen sich die Inschriften von Gedenksteinen zum Zweiten Weltkrieg ebenso wie jene zum Ersten Weltkrieg auf deutsche Soldaten und "Kameraden", die "ihr Leben lassen mussten". Oft ist die Rede von "unseren gefallenen Kameraden". Als ob diese einfach so - zur allerseitigen Überraschung - umfielen. Dabei ist es doch die Logik des Militarismus und der Zweck von Soldaten, zu töten und getötet zu werden. Und damit sie nicht ganz so blöde dastehen - äh, liegen - werden sie dafür geehrt.
Besonders makaber finden wir es, wenn den deutschen Soldaten, die am nationalsozialistischen Vernichtungskrieg teilgenommen haben, gedacht wird - noch dazu oft in einem Atemzug mit den Opfern des Krieges, des Rassen-Denkens und des eliminatorischen Antisemitismus. Mit dieser Praxis werden die Kriegsverbrechen der deutschen Wehrmacht und der Waffen-SS verharmlost und verschleiert.
Neben Gedenksteinen und Kreuzen werden zuweilen auch figürliche Darstellungen verehrt. Präsentiert wird der tapfere Mann, treu, anständig und pflichterfüllend. Doch Massenmörder sind weder anständig noch tapfer. Das hier verehrte faschistische Männlichkeitsbild trägt zur Tradierung des Unsinns zweier Sorten von Geschlechtern, Heteronormativität und überholter Rollenverteilung bei.

Wer gedenkt?

Die Runde der Gedenkenden setzt sich aus Alt- und Jungnazis, PfarrerInnen, TraditionalistInnen, PatriotInnen und anderen BürgerInnen zusammen. Auch wenn manche von ihnen alle Opfer miteinschließen - sie gedenken den Mördern und dem Regime, die für die industrielle Vernichtung sowie die Verfolgung und Vertreibung von Millionen von Menschen verantwortlich sind.

1.) Der Ehrenfriedhof Vahrendorf
Im niedersächsischen Ort Vahrendorf, unweit der Harburger Berge, befindet sich ein Ehrenfriedhof für gefallene deutsche Soldaten (des 2. Weltkriegs). Diese, überwiegend Angehörige der verbrecherischen Waffen-SS, haben Ende April 1945 britische Soldaten angegriffen. Bei den folgenden Kämpfen gab es auf Seiten der nationalsozialistisch-motivierten Deutschen ca. 45 Tote. Denen, sowie vier weiteren Toten, darunter ein von den Deutschen festgenommener jugoslawischer Kriegsgefangener, wird durch jeweils einzelne Steinkreuze gedacht. Mehrere Gedenkfeiern im Jahr werden hier abgehalten, darunter eine Veranstaltung des Volksbunds deutscher Kriegsgräberfürsorge sowie der Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der Angehörigen der ehemaligen Waffen-SS (HIAG), die unter anderem Kränze mit der Aufschrift "Ihre Ehre hieß Treue" niederlegten. An diesem Treffen nehmen jeweils auch immer wieder verschiedene politische RepräsentantInnen und die lokale Presse teil. Es darf davon ausgegangen werden, dass HIAG-Angehörige auch an diesem Volkstrauertag in Vahrendorf teilnehmen.
Wir haben aus antifaschistischem Protest diverse Steinkreuze mit der Aufschrift "Täter" verziert. Daneben haben wir den Gedenkstein "Den Toten im Osten zum Gedenken" sowie die große Gedenkplatte und den Text des Gedenksteins der Gemeinde Rosengarten verändert. Dem an dieser Stelle begrabenen jugoslawischen Kriegsgefangenen gilt unser Gedenken. Deutsche Täter, deutsche Soldaten sind keine Opfer - kein Heldengedenken in Vahrendorf, Halbe oder sonstwo!

2.) Das Ehrenmal am Ohlsdorfer Friedhof
Auch hier wird zum Gedenken am Volkstrauertag eine übermenschlich große Steinfigur eines Soldaten aufgesucht. Unter dem Monument stand bis vor Kurzem geschrieben: "Unseren gefallenen Kameraden 1914 - 1918 - Bramfeld Steilshoop". Unmittelbar daneben befindet sich ein zweiter Gedenkstein zum Zweiten Weltkrieg: "Gedenk deiner Toten, Volk!" Wir haben die entsprechenden Inschriften eingeebnet, weil die "Kameraden" Mörder waren und das "Volk" (also die Bevölkerung) im nationalsozialistischen Deutschland weitestgehend aus (Mit-)TäterInnen oder IgnorantInnen bestand. Den vermeintlich tapferen Soldaten (tapfer wäre er nach Sabotage oder Fahnenflucht) haben wir geteert und gefedert. Nicht, weil wir das für eine angemessene Strafe für MörderInnen hielten, sondern weil wir dieses "Ehrenmal" keineswegs als ehrbar betrachten. Diese Darstellung verharmlost die Verbrechen des Nationalsozialismus und ist deshalb für ein Gedenken und eine Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und dem Vernichtungskrieg völlig inakzeptabe. Bezug nehmend auf die Taten der deutschen Soldaten haben wir die Hände dieser Figur rot wie Blut gefärbt.

3.) Die Michaeliskirche
In dieser Kirche versammelt sich die "Mitte der Gesellschaft", um "allen Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft" zu gedenken - auch den Wehrmachtssoldaten, den SS-Männern und den Deutschen, die im sogenannten Bombenkrieg ums Leben kamen. Die PastorInnen und GottesdienstbesucherInnen stören sich nicht an den Gedenktafeln, die an die Kolonialsoldaten und die Soldaten des 1. Weltkriegs erinnern. Wir haben den Eingang dieses Ortes verändert, um die unhinterfragte Praxis der BesucherInnen am Volkstrauertag zu kritisieren: "Deutsche Täter sind keine Opfer!"

Was denken wir?

Uns geht es darum, diesem Heldenmythos und der NS-Verherrlichung bzw. -verharmlosung eine Absage zu erteilen. Wir wollen die Gedenkfeierlichkeiten vermiesen, indem wir mit unseren Aktionen die Darstellung vom "guten tapferen Soldaten" der Lächerlichkeit preisgeben. Wir fordern die Abschaffung des Volkstrauertages und den Abriss (Deponierung) aller Ehrenmäler



Vor dem Reinemachen: Geteert und gefedert

deutscher Kriegsmaschinerie. Statt dessen fordern wir eine selbstkritische Auseinandersetzung mit dem NS, um die Grundlagen für einen Tag der Erinnerung an die Opfer der NationalsozialistInnen zu schaffen. Wir fordern eine gesellschaftspolitische Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte.

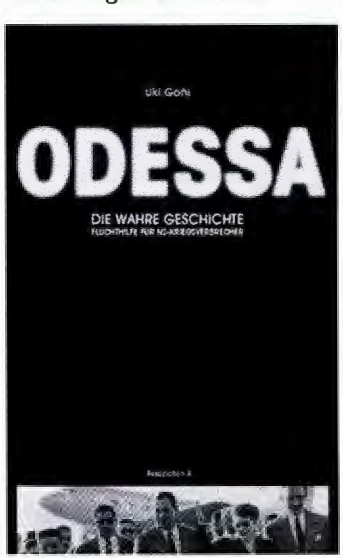
Die noch lebenden Nazis müssen zur Verantwortung gezogen werden.
Die Opfer der Deutschen sollen endlich bedingungslos entschädigt werden.

Die Bilder sind in Farbe auf folgender Naziseite zu bewundern: www.widerstandnord.com/aktionsbuero/fotos2/hh191106c.jpg bzw hh191106a.jpg

"Odessa: Die wahre Geschichte"

von Uki Goni

Nach Ende des Zweiten Weltkriegs flohen zahlreiche NS-Verbrecher wie Eichmann, Mengele und Barbie nach Südamerika - ein Thema, welches von der deutschen Geschichtswissenschaft weitgehend vernachlässigt wurde.
Der argentinische Journalist Uki Goni hat auf der Basis langjähriger Recherchen ein Standardwerk verfasst, welches diese Forschungslücke schließt.



Seine Untersuchung zeichnet nach, auf welchen - "Ratlines" genannten - Fluchtrouten und mithilfe welcher staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen, es Tausenden von Nazis, Ustascha-Faschisten und Kollaborateuren gelang, nach Lateinamerika zu entkommen. Hauptaufnahmeland und zentrale Drehscheibe war das Argentinien unter Juan Domingo Peron. Die Fluchthilfeorganisation verfügte über Basen in Skandinavien, Spanien und Italien, aktive Hilfe leisteten Schweizer Behörden - und im Vatikan liefen alle Fäden zusammen.

Gonis Buch Odessa - Die wahre Geschichte. Hilfe für NS-Kriegsverbrecher ist in deutscher Übersetzung im Verlag Assoziation A erschienen.

In Bewegung bleiben -

Zwischenstand der Mobilisierung gegen die NATO-Sicherheirskonferenz



Broschüre(n) bestellen: siko-broschuere@gmx.de
WiederverkäuferInnen: 20% Rabatt
Preis: 2,50EUR+Porto (Vorauskasse)

Der Gewinn kommt der Mobilisierung zu gute ...

Die Reflexion von 5 Jahren Widerstand gegen die Siko begreifen wir als Notwendigkeit zur Neubestimmung unserer Politik. Eine radikale linke Praxis kann nicht allein Aufgabe einzelner politischer Zusammenhänge sein, sondern ist immer angewiesen auf Resonanzräume, auf Bewegung und Dynamik. Diesen subjektiven Rückblick begreifen wir deshalb als Beitrag für eine produktive Diskussion mit all jenen, die sich als Teil einer radikalen Linken begreifen und besonders natürlich mit denen, die die Mobilisierung gegen die Sicherheitskonferenz mittrugen.

Über die Siko hinaus ist für uns die Mobilisierung gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm im Sommer 2007, welche schon seit Monaten bundesweit aber auch international in Gang gekommen ist, ein wichtiger Bezugspunkt. Ausgehend von unseren Erfahrungen aus den Münchner Mobilisierungen wollen wir in diese einsteigen.
Wir denken, unsere Folgerungen aus den Mobilisierungen gegen die Siko sind nur nachvollziehbar, wenn mensch sich die wechselvollen Begebenheiten noch einmal ins Gedächtnis ruft. (...)

anti-atom

Wassereinbruch in eine der weltweit größten Uranminen

Glaubt mensch den AnhängerInnen der Laufzeitverlängerung bundesdeutscher AKWs , dann handelt es sich bei Uran im Gegensatz zu Öl und Gas um einen absolut ungefährlichen und beinahe unbegrenzt vorhandenen Rohstoff dessen Vorkommen nicht von grimmigen Scheichs, dem garstigen Hugo Chavez oder gar "dem Russen" kontrolliert werden. Und oben drauf schone dessen Verwertung auch noch das Klima.
Die Realität sieht wie so häufig anders aus als in den Darstellungen der Stromkonzerne. Schon im Normalbetrieb landen über 90% der im Uranabbau zu Tage geförderten radioaktiven Materialien quasi als "Beifang" auf den Halden und in den Rückhaltebecken (tailings) der Mienen. Von dort werden sie vom Wind über riesige Areale verweht, und kontaminieren diese.
Was jedoch am 23. Oktober 2006 in der Uranmine Cigar Lake, in der kanadischen Provinz Saskatchewan, passierte war nicht der Normalbetrieb einer Uranmine, sondern kann getrost als GAU (Größter anzunehmender Unfall) bezeichnet werden. Liest mensch die Berichte und Stellungnahmen der Betreiberfirma Cameco, so zeichnen diese ein Szenario wie in einem Aktion- Film: In mehreren hundert Metern Tiefe kommt es zum Einsturz eines Stollen. Unmittelbar danach bricht massiv Wasser in den Stollen ein - das Bergwerk beginnt abzusaufen. Es wird hektisch versucht schweres Gerät zu bergen, die Schächte werden evakuiert. Doch irgendwo schließt eine Tür nicht, mit der die Stollen voneinander abgeschottet werden sollen. Was zunächst nur wie der Verlust eines Teiles des Grubengebäude aussieht, wächst sich nun zu einer Katastrophe aus. Das Bergwerk ist nicht mehr zu retten und läuft innerhalb weniger Tage voll.
Zwar können sich noch alle Bergleute retten, doch die Katastrophe ist nicht mehr aufzuhalten: die Verseuchung des Grundwassers. Noch wollen die Verantwortlichen die Mine nicht aufgeben, denn mit 16,8% ist der Urangehalt des Erzes rund 100 mal so hoch wie in den meisten anderen Uranbergwerken. Um so größer ist jedoch die Gefahr, die nun vom verseuchten, stark strahlenden Wasser im Grubengebäude ausgeht. Schon für den Normalbetrieb der Mine musste eine neue Technologie entwickelt werden, um die Bergleute nicht zu hoher Strahlung auszusetzen. In die vorher mit großem Aufwand vereisten Stollen sollte Wasser mit Hochdruck das Gestein abtragen, so dass der Erzschlamm abgepumt und später aufbereitet werden konnte. Ein Aufwand, der sich nur angesichts der enormen Vorkommen und des hohen Urangehaltes rechnen würde. 2007 sollte der kommerzielle Betrieb aufgenommen werden und allein durch Cigar Lake mit rund 6900 Tonnen etwa 15 % des weltweiten Uranbedarfes gedeckt werden.
Nachdem der Wassereinbruch in Cigar Lake bekannt wurde, schnellten die Preise für Uran in die Höhe, die FAZ schrieb gar: " der Uranpreis hat abgehoben ... er ist förmlich in die Vertikale übergegangen". Innerhalb kurzer Zeit hat sich der Preis für Uran an den Rohstoffmärkten vervierfacht. Noch 2001 kostete ein Pound Uranoxid 6 Dollar, heute müssen rund 60 Doller dafür berappt werden. Allein die Nachricht vom GAU in Cigar Lake trieb die Preise an den Börsen um 7% in die Höhe.

Kann in Deutschland nicht passieren?
Angesichts der Katastrophe, die sich im kanadischen Atabaskabecken abspielt erscheint die einheimische Debatte um Atommüllendlager immer befremdlicher. Glaubt man der CDU, dann ist es gar kein Problem im Salzstock Gorleben hochradioaktiven Atommüll (kein Uranerz) mehrere Millionen Jahre lang von der Biossphäre fern zu halten. Doch keine hundert Kilometer entfernt säuft gerade das "Versuchsendlager" der Salzstock Asse II ab. Seit mehreren Jahren treten täglich rund 12 Kubikmeter Wasser in das Grubengebäude ein, so daß es rein rechnerisch in rund 300 Jahren, und nicht in 3 Millionen Jahren vollgelaufen sein wird. Auch die Bergwerke Asse I und Asse III sind bereits abgesoffen, und so kann damit gerechnet werden, dass sich das Vollaufen in den kommenden Jahren noch beschleunigen wird. Sobald das Wasser jene Bereiche des Bergwerkes erreicht hat, in dem sich die rund 120.000 Fässer mit radioaktivem Abfall befinden, werden sich diese in der agressiven Salzlöung auflösen, und im Grubengebäude herum wabern. Die Frage ist also nicht, ob das Grundwasser bei Braunschweig radioaktiv kontaminiert wird, sonden nur noch wann. Das wird indirekt auch von den Betreibern des "Versuchsendlagers" bestätigt. Sie versuchen gar nicht mehr wie in früheren Jahren zu behaupten Wasser könne gar nicht in das trockene Endlager eindringen. Ihre neue Taktik ist nun, man höre und staune, das Endlager selbst zu Fluten, und dem Wasser ein sogenanntes Schutzfluid beizufügen, das spezifisch leichter ist als die Salzlösung, und sich so über sie schichtet, und so ein Austreten der radioaktiven Lösung verhindern soll. Ein riskantes Spiel, denn sollten sich bei diesem Vorgang Gase entwickeln, oder gar Teile des Salzstockes aufgrund von Lösungsprozessen einstürzen, dann würde das radioaktive Material wie aus einer Sektflasche aus dem Grubengebäude gedrückt.

Weiterlesen unter:
www.wise-uranium.org
www.aufpassen.org
www.anti-atom-aktuell.de
www.7genfund.org/2006_uranium_summit

Aktion

18.12.06
Aktivistinnen vom Antiatombündnis Sachsen und aus dem Wendland blockierten am frühen Morgen des 18.12.06 den per Flugzeug vorgesehenen Atomtransport vom Kernforschungszentrum Dresden - Rossendorf nach Moskau. 25 Teilnehmern gelang es mit Fahrzeugen in Radeberg auf die Transportstrecke zu kommen und den umstrittenen Transport von Brennelementen und Brennstäben auf dem Weg zum Flughafen zu stoppen.
Quelle: BI Lüchow Dannenberg

6.12.06
Atomkraftgegner haben die Sitzung des Niedersächsischen Landtags am Mittwoch mit lauten Zwischenrufen unterbrochen. Von den Zuschauertribünen entrollten sie Plakate mit Aufschriften wie "Atomausstieg sofort" oder "Schützt uns, nicht die Atomkraft." Auch vor dem Landtagsgebäude demonstrierten rund 50 Atomgegner für den Atomausstieg und ein Ende der Castor-Transporte nach Gorleben. Dabei sei es zu Rangeleien mit der Polizei gekommen, so eine Polizeisprecherin. Die Plenarsitzung wurde vorübergehend unterbrochen, der Ältestenrat trat zur Beratung zusammen.
Quelle: Hannoversche Allgemeine Zeitung

Normalbetrieb

22.12.06
In einem Atomkraftwerk im Norden Japans ist am 22.12.06 ein Feuer ausgebrochen. Die Betreiberfirma Hokkaido Electric Power erklärte, zu dem Brand sei es in einem Turbinen-Gebäude des Reaktors 2 im Kraftwerk Tomari gekommen.
Quelle: Basler Zeitung

19.12.06
Im AKW Kursk kam es am 19.12.06 zu einer Schnellabschaltung, nachdem zwei Hauptkühlmittelpumpen ausgefallen waren. Nach: RIA Novosti

19.12.06
Der Reaktor 1, des von Vattenfall betriebenen Kraftwerkes Forsmark / Schweden, musste nach einem Kurzschluss erneut vom Netz genommen werden. Nur eine Woche vorher wurde bereits Reaktor Nr.3 vom Netz genommen, nachdem Schäden an einem Brennelement aufgetreten waren. Quelle: Der Tagesspiegel

12.12.06
Onagawa: An einem Atomkraftwerk im Norden Japans ist eine geringe Menge radioaktives Kühlwasser ausgetreten. Der Reaktor Nummer zwei in Onagawa sollte daraufhin vorsorglich abgeschaltet werden, wie die staatliche Betreibergesellschaft in Tokio mitteilte. Quelle: FR-online

08.12.06
Der Neubau eines Atomreaktors in Finnland verzögert sich weiter. Statt im Juni 2009 werde Olkiluoto 3 nun frühestens 2011 ans Netz gehen können, teilte Bauherr TVO in dieser Woche mit.
Waren es zunächst mangelhaft ausgeführte Betonarbeiten am Fundament des Reaktors, welche die Behörden veranlassten, einen vorläufigen Baustopp zu verhängen und den Baufirmen, der französischen Areva und der deutschen Siemens, strengere Qualitätskontrollen aufzuerlegen, sind es jetzt Teile des Reaktorkühlrohrsystems, die neu gegossen werden müssen. Die bisherigen Arbeiten hatten sich als zu fehlerhaft für die Abnahme erwiesen. Neben den beanstandeten Bauteilen wurde daher auch der örtlichen Bauleiter Anfang Dezember von Areva ausgetauscht. Quelle: TAZ

A propos Renaissance der Atomkraft: Alleine in diesem Jahr wird mit 2094 MW mehr AKW Leistung stillgelegt als in den kommenden 5 Jahren in Europa (durch den Reaktor in Olkiluoto) dazu kommen könnte.

Unter großer Anteilnahme der Belegschaften sollen zum 31.12.06 folgende Reaktoren für immer vom Netz gehen:
Bohunice / Slowakei: Block 1, 408 MW, Bj. 1980
Kozloduy/ Bulgarien: Block 3 + 4 mit je 408 MW, Bj. 1981/82
Sizewell A / Großbritanien: 2 Blöcke à 210 MW, Bj. 1966
Dungeness A / Großbritanien: 2 Blöcke à 225 MW, Bj. 1965

Dokumentation:

Wie viele Haken sind notwendig?

Das kleine Castor-Groß-Blockade-Rätsel

Die Unternehmensberatungsgesellschaft McKinsey rät in ihrer im März 2006 veröffentlichten Studie "Global Integrated Electric Power Perspective" eine Verlängerung der Laufzeiten für deutsche Atomkraftwerke oder aber den europäischen Ausstieg aus dem Kyoto-Prozess. Das kostspielige Klimaschutzprogramm werde den globalen Anstieg der Kohlendioxid Emissionen nicht verhindern können. Siemens erwartet, dass sich die Nachfrage nach neuen AKW in den kommenden fünf Jahren verdreifacht. Neben Großbritannien planen vor allem China und Indien neue Kernkraftwerke. Derzeit baut Siemens zusammen mit der französischen Firma AREVA - der früheren Framatome - in Finnland ein neues AKW, das ab 2009 Atomstrom produzieren soll.
Um der Energieknappheit zu begegnen, beschließen die G8-Staaten auf dem Gipfel in St. Petersburg den Ausbau der Kernenergie. In Deutschland werden die im "Atomausstieg" zugestandenen Restlaufzeiten zwischen den Atomreaktoren so verschoben, dass die Betreiber selbst ihre ältesten und für sie weniger Gewinn bringenden Kraftwerke über die aktuelle Legislaturperiode retten können - in der festen Erwartung eines anhaltenden Kurswechsels der Regierung bis zum Ausstieg aus dem "Atomausstieg".
Das politische Klima hat sich gedreht, das ist eindeutig. Ob sich die nun offensiv herbeigeredete Renaissance der Atomenergie allerdings tatsächlich in einen Kraftwerke-Bauboom niederschlägt (wie in den 70er Jahren), ist nicht zuletzt eine Frage internationalen Widerstands.
Wir haben am späten Abend des 11. November 2006, wenige Stunden vor der geplanten Durchfahrt des Castorzugesvon La Hague nach Gorleben an mehreren Stellen auf Castor-Haupt- und Ausweichstrecken Hakenkrallen in Oberleitungen der Bahn gehängt. Ohne den bewegungsrelavanten Kristallisationspunkt rund um Dannenberg in Frage zu stellen, regen wir mit diesem Beitrag an, die derzeit vorherrschende Selbstbeschränkung auf einen Showdown des Widerstands auf den letzten 50+20km der Transportstrecke in ihrer tendenziellen Ausschließlichkeit zu überdenken. Wir begreifen die gesamte Wegstrecke des Castors durch Frankreich und Deutschland als Bewegungsraum für durchdachte und verantwortliche Aktionen gegen Atommülltransporte.
Das Einhängen von Hakenkrallen ist eine bewährte Methode, um den Bahnverkehr für mehrere Stunden regional lahmzulegen und für weit längere Zeit überregional zu stauen. Neben der Tatsache, dass damit die Bahn als Profiteur des staatlichen Atomprogramms angegriffen wird, kann mensch so auch unmittelbar in den Castortransport eingreifen. Da die Bahn den Castortransport eng in den laufenden (elektrifizierten) Fern- und Nahverkehr einpasst, kann der jeweilige Streckenabschnitt für die Reparaturzeit der heruntergerissenen Oberleitung (auch) für den Diesel-Castorzug unpassierbar gemacht werden.
Der Bau von Hakenkrallen, deren Handhabung und vor allem die dabei notwendigen Vorsichtsmaßnahmen! sind in einschlägigen Publikationen (u.a. Dokumentationen der bisherigen Castortransporte) dokumentiert.
Und damit sind wir auch schon beim kleinen Castor-Groß-Blockade-Rätsel. Der Castor soll nicht mehr nur verschiedene Regionen umfahren müssen, sondern komplett blockiert werden:
1) Wieviele hakelnde Kleingruppen sind notwendig um für den Castor jede mögliche Bahnroute nach Lüneburg dichtzumachen? Dabei sollen die Blockadepunkte einen Mindestabstand von
a) 30 km
b) 50 km
c) 100 km zum Zielort (der ersten Etappe) Lüneburg haben.
2) Übertrage die Bedingungen a), b) und c) auf den deutsch-französichen Grenzübergang
3) Suche nach weiteren günstigen Knotenpunkten
Erlaubte Hilfsmittel: Streckenpläne der französischen und deutschen Bahn

In diesem Sinne:
Atommeiler und -transporte vom Netz nehmen! Tear down G8 - Energiepolitik wird hier verhandelt!

Nachbereitung der Demonstration am 30.09.06 in Neumünster

- Diskussionspapier/Auflösungserklärung

Liebe GenossInnen und AntifaschistInnen,

wir sehen die Demonstration am Tag des Jubiläums des sog. Club 88 als gelungenen antifaschistischen Protest. Gelungen daher, dass an diesem Tag jede Aktion den Effekt hätte, die Lethargie der Neumünsteraner Bevölkerung und der radikalen Linken in Schleswig Holstein punktuell aufzubrechen. Desweiteren war, unserer Einschätzung nach, jede Aktion mit dem Risiko massiver Eskalation durch Nazis und/oder der Polizei verbunden; daher verstehen wir auch teilweise das Zurückziehen des Antifa Konzerts in der Aktion Jugendzentrum. Die während der Vorbereitung der Demo entstandenen Konflikte mit einzelnen Neumünsteraner Genossen bedauern wir.

Wir sehen diese Konflikte aber auf politischer Ebene, also auf den Ebenen der Kultur politischer Zusammenarbeit und der Kommunikation, und nicht auf persönlicher Ebene von zwei oder mehr Einzelpersonen. Im gleichen Zuge, wie wir uns mit der AJZ und den organisierten Autonomen in Neumünster solidarisieren, wenden wir uns gegen den Runden Tisch für Zivilcourage und Toleranz. Dieser hat massiv antifaschistische Arbeit in Neumünster be- und verhindert. Mitglieder dieses "Bündnisses" arbeiten offensiv und aggressiv gegen antifaschistische Gruppen und Einzelpersonen, die politisch außerhalb der staatsbürgerlich akzeptierten Organisationsformen arbeiten. Dabei werden gezielt autonome Handlungs- und Argumentationsmuster entpolitisiert und unsachlich diskreditiert. Ziel ist u.a. Autonome KommunistInnen und AnarchistInnen zu kriminalisieren und herauszudrängen. Vorrangig steht wohl die Legitimation des eigenen staatsbürgerlichen Verhaltens/Ideals. Das bedeutet, dass alle, die sich nicht im Rahmen des kollektiven politischen Kultur-und Wertverständnis und den Institutionen im bürgerlich kapitalistischen Staat bewegen, keine PartnerInnen für Zusammenarbeit darstellen. Wird dieser Gedankengang fortgesetzt, ist auch die Existenz autonomer Organisation illegitim. Im Rahmen der Vorbereitung trat neben den "FreibadheldInnen", dem Runden Tisch und Neumünsteraner autonomen AntifaschistInnen noch ein Akteur auf: "Avanti" das so genannte "Projekt undogmatische Linke".

Allein Nachts im Freibad

Avanti scheint für die Öffentlichkeit das einzige wahrnehmbare und kontinuierlich arbeitende Kollektiv innerhalb der selbsternannten radikalen Linken in Schleswig-Holstein zu sein. Mitglieder von Avanti sitzen in allen für die "Szene" wichtigen Projekten, in virtuellen sowie in physischen Netzwerken. Damit haben sie eine besondere Stellung in der Linken in Norddeutschland erreicht. Ein Kollektiv von verschiedenen Ortsgruppen, mit einheitlichem Programm und einheitlicher Struktur, hat sich in allen Teilen der Linken sowie in bürgerlichen Netzwerken prägnant etabliert. Damit sind weitreichende Macht- und Informationsströme verbunden und gesammelt in einer in sich geschlossenen Gruppe von Personen. Aufgrund des Einfluss und den Informationsmöglichkeiten hat Avanti eine große Verantwortung gegenüber sich und der radikalen Linken, wenn sie sich noch als Teil dieser versteht.

Sprung vom Dreier

Das Grundsatzprogramm von Avanti enthält viele wertvolle und interessante Ideen für die Strukturierung von revolutionärer Politik und ermöglicht die Partizipation an linksradikalen Kämpfen. Gerade dieses Grundsatzprogramm ermöglicht eine Überprüfung der Zielvorstellungen, welche in diesem und der realen Politik der Avanti Gruppen enthalten sind. Wir sprachen bisher und werden auch weiterhin von einem Avanti Kollektiv sprechen. Denn trotz der Organisierung in Ortsgruppen tritt Avanti in der ("Szene") -politischen Öffentlichkeit als geschlossenes Kollektiv auf. So hat sich Avanti z.B. strikt hinter ein Mitglied, welches die Definitionsmacht über sexualisierte Gewalt anzweifelte, gestellt. Damit, mit dieser Solidarisierung und der ihrer Programmatik widersprechenden politischen Begründung, ein funktionierendes Netzwerk zerstört.

In der Vorbereitung der Aktionen gegen den kommenden G8 Gipfel wirkt Avanti an Bündnissstrukturen, sowohl bundesweit als auch lokal mit. Dabei fällt vor allem die taktische Vorbereitung auf. Bundesweit hat Avanti, als Teil der sog. Interventionistischen Linken, starken Einfluss auf die Mobilisierung. Diese dominante Stellung versuchen sie ebenfalls in den bürgerlichen lokalen Netzwerken zu etablieren, so geschehen z.B. in Kiel. Anstatt Diskurse in linken und bürgerlichen Bündnissen anzustrengen und Aktions- und Argumentationsmuster zu entwickeln, wird versucht, Proteste zu inszenieren. Avanti scheint bemüht, schnell ein Konzept für eine Protest- und Mobilisierungsform in die sich noch am Anfang befindende Diskussion einzuführen und versucht somit, jegliche Diskussion über Form der Struktur und des Protestes von vornherein zu negieren. Dabei findet sich vor allem "Bürgernähe" in dem Konzept wieder. Es wird nicht versucht in ein Bündnis zu intervenieren und linke Inhalte zu diskutieren. Es wird nur stetig versucht, die Avantilinie in die radikale Linke hereinzutragen, und damit Diskurse zu verhindern oder zu dominieren. Gefährlich für soziale Bewegungen ist die Kanalsisierung des Protestes/Widerstandes in einen parlamentarischen Rahmen. Denn mit dem Entstehen von Parteien aus Bewegungensstrukturen kommt die Bewegung selber meist in eine strukturelle Krise. Parteien haben andere Aktionsmöglichkeiten und vor allem Beschränkungen in praktischer Straßenpolitik. Aus der Bewegung werden maßgebliche Kräfte für die Partei rekrutiert und die vorherige breite Struktur in eine hierarchische Bürokratie verwandelt. Damit ist jegliche Breite, Offenheit, Kreativität und Basisdemokratie zugunsten eines Bürokratieaparates beseitigt. Diese Handlungsmuster und Position einer Partei sind der Avanti-Politik mehr als ähnlich. Es ist in S.-H. nur schwer möglich Politik ohne Avanti zu machen. Mit den Wissensbeständen und Einflussmöglichkeiten hat Avanti eine Art Bürokratie errichtet. Es werden nur sporadisch bzw. nach eigenem Gutdünken Informationen in die "Öffentlichkeit" gegeben und Projekte ohne Avanti "Szene"-intern diskreditiert. Avanti scheint sich als politische Elite innerhalb der radikalen Linken in S.-H. zu etablieren, ausgestattet mit Zugang zu Wissen/Informationen, weitreichenden Netzwerken und einer mittelfristigen Strategie. Daher muss überprüft werden was Avanti eigentlich ist, denn revolutionäre Organisierung muss erkennen, wann Selbsterhaltung und Einflusssicherung wichtiger ist, als emanzipatorische Politik. Dann ist sie nämlich als

revolutionäre Organisierung gescheitert.

Back to Neufinster

Wir fanden und finden das Verhalten von Avanti bezüglich unserer Demonstration in Neumünster antiemanzipatorisch und verlogen. Avanti hat unsere Aktion als unpolitisch und als Trotzreaktion diffamiert. Dies geschah natürlich nicht offen schriftlich, sondern nur auf Antifa-Treffen und wurde scheinbar als Losung an die (Kieler) "Szene" gegeben. Erschreckend war, dass dieses Verhalten unreflektiert von einigen übernommen wurde. Möglicherweise lag das destruktive Verhalten auch an unserem Aufruf zur Demonstration. Dieser war bewusst nicht als 08/15-Nazis-sind-doof Nummer angelegt. Mit Informationen zu Nazis und deren Strukturen war ein Diskussionsbeitrag zum autonomen Antifaschismus verknüpft. Wir finden es wichtig sich mit linken Inhalten auseinander setzen zu müssen und dies ist nicht im kurzen Überfliegen von inhaltsschwachen Texten möglich. Denn mit der strukturierten Beschäftigung wachsen auch der politische Horizont und die politischen Möglichkeiten. Avanti hingegen pflegt gerne inhaltsschwache Mobilisierungen mit Phrasen und wenig politischer Auseinandersetzung/Analyse. Damit wird Kritik und Reflexion aus dem Weg gegangen und Protest als rein symbolische Inszenierung etabliert.

Nichtschwimmer/ "Wir haben gelogen als wir sagten es wird leicht ..."

Es geht hier nicht darum, Schuld zu verteilen und Sündenböcke zu suchen. Der Raum den Avanti besetzt, wurde von der autonomen Linken geschaffen. Wir als radikale Linke aller Couleur haben es nicht geschafft eigene politische Ideen zu diskutieren und zu formulieren, um damit wirkliche emanzipatorische Politik zu gestalten. Ein Großteil der radikalen Linken lebt zwischen autonomer Popkultur, DrogenMISSbrauch und Lethargie. Die Möglichkeit für Gruppen wie Avanti, so massiv Raum einzunehmen ist nur da, wo Menschen sich nicht mit dem auseinandersetzen, was sie antreibt, nämlich mit ihren Denk- und Handlungsmustern. Für viele hat sich "autonom sein" zu einem rein identitären Faktor entwickelt. Die bloße Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe reicht vielen aus. Damit verbunden sind Dresscodes und die oberflächliche Übernahme von Handlungs-und Argumentationsmustern. Frei nach dem Motto "Hasst du was bist du was"... Anstelle von Diskussion und inhaltlichem Fortschritt sind autonome Plena in S.-H. mehr von Schweigen, fehlender Kreativität und, wenn es hoch kommt, noch von männlichem Dominanzverhalten bestimmt. Aktionen und Aufrufe bewegen sich auf wenig inhaltlichen Füßen und dafür mehr auf reiner Symbolik und pseudomilitanter Rhetorik/Auftreten. Wenn es aber darum geht, Verantwortung zu übernehmen, bricht alles weg, egal ob es um organisatorische- oder repräsentative Aufgaben gegenüber Staat und Gesellschaft geht. Dabei muss gerade in revolutionären Organisationen und in einer (post)revolutionären Gesellschaft Verantwortung verlässlich übernommen werden. Ansonsten werden sich schnell Hierarchien bilden, in denen Verantwortung klar verteilt ist an Menschen, die diese tragen wollen. Damit wird Verantwortung zu einem wichtigen Faktor autonomer Organisierung und Politik.

"Am Ende bin ich nur Ich selbst" / "Der Fehler im System hier fordert ne Entscheidung"

Genau dies ist der Punkt an dem es anderen leicht fällt, Autonome zu kalkulieren und sie zu instrumentalisieren. Denn es sollte nicht eine Kultur übernommen werden, weil sie populär ist, sondern es soll eine Bewegung von Mündigen und selbstbestimmten Menschen erreicht werden. Damit einhergehend ist das ständige in-Frage stellen der eigenen Werte, Normen und Handlungsmuster. Wer Wahrheit anbietet der lügt. Es geht hier nicht um Selbstzerfleischung sondern um Diskussion in Wort, Bild und Tat ... also,

"Rechnerisch noch alles möglich"/Autonomie organisieren?!

Wir möchten mit diesem Text Denkanstöße bieten und nicht Menschen vor den Kopf stoßen. Wir möchten Räume öffnen und nicht Felder schließen. Wir hoffen ihr bedenkt das in Diskussionen, Stellungnahmen und Taten.
Das war's mit der Stellungnahme, der Nachbereitung und den FreibadheldInnen....
Das Vorbereitungskollektiv für die Demonstration am 30.09.2006 löst sich ab sofort auf ...
Wir wollen und werden uns der Diskussion rund um Linke Strukturen nicht verweigern oder entfliehen...Allerdings sehen wir diese Diskussion nicht als unser alleiniges Anliegen an, sondern als Sache der Bewegung. Dementsprechend muss die Bewegung nun sehen, ob dieser Text in Archiven verschwindet, oder Anstoß für Debatte wird.
"Wir sehen uns heut' Nacht auf dem 3-Meter-Brett"

Eure FreibadheldInnen KI,NMS,HH

Ihr seid herzlich dazu Aufgefordert diesen Text zu vervielfältigen und zu verbreiten.



Anklagekonstrukt wegen Wasserturmwiderstand



Im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens gegen zwei GenossInnen im Zusammenhang mit dem Widerstand gegen den Hotelneubau im Wasserturm ist jetzt Anklage erhoben worden. Mit der Eröffnung eines Prozesses ist demnach bald zu rechnen.
Ausgangspunkt des anstehenden Verfahrens war die vorläufige Festnahme J.'s am 25.11.2005 mit anschließender Hausdurchsuchung und Beschlagnahme mehrerer Computer. Als Tatvorwurf wurde gemeinschaftliche Sachbeschädigung und schwere Nötigung genannt. Behauptet wird dabei eine Beteiligung von J. an Aktionen gegen Firmen, die am Bau des Luxushotels im Schanzenpark beteiligt sind, u.a. durch Veröffentlichung entsprechender Erklärungen zu den beiden Aktionen.

Zur Erinnerung: Am 28.10.2005 wurden auf Baufahrzeuge der Firma Engel in Hamburg - Eimsbüttel Widerstandsparolen angebracht und Reifen zerstochen. In der Nacht vom 24./25.11.2006 wurden Reifen des Zulieferers Lebbien untere dem Motto "Schade, dass Beton nicht brennt" zerstochen. Die Firma liefert Beton für den Bau des Hotels im Wasserturm im Schanzenpark.
Nachdem es also am 25.11.2005 wegen der beiden Aktionen zu einer ersten Hausdurchsuchung gegen J. gekommen war, wurde am 31.05.2006 die Wohnung ein zweites Mal durchsucht. Diese zweite Durchsuchung richtete sich gegen die Mitbewohnerin C., die jetzt auch als Beschuldigte benannt wurde. Vorangegangen war dem zunächst eine monatelange umfängliche Observation verschiedener politischer Zusammenhänge durch den Staatsschutz. Gezielt observiert wurde das persönliche und politische Umfeld der beiden jetzt Angeklagten.
Diese Observationen wurden mit großem personellen und logistischen Aufwand durchgeführt. Teilweise waren mehrere Observationsteams parallel unterwegs und haben mehrere Personen an verschiedenen Orten gleichzeitig observiert.
Die Anklageschrift wirft zunächst J. vor, zweimal Beihilfe zur Sachbeschädigung geleistet zu haben, indem er weiteren unbekannten Tätern zugesagt hat, die Bekennungen zu den beiden Aktionen bei Engel und Lebbien zu verfassen und per e-mail zu veröffentlichen. Diesen Umstand der Veröffentlichung wertet die Staatsanwaltschaft im Zusammenhang mit der Höhe des Sachschadens und der Drohung gegen andere Firmen zusätzlich als "besonders schweren Fall" der Nötigung.
C. wird hingegen vorgeworfen, nur im Fall der Aktion gegen Lebbien Beihilfe zur Sachbeschädigung in Tateinheit mit einem Fall der besonders schweren Nötigung begangen zu haben. Sie soll unmittelbar mit J. und einer weiteren unbekannten Person an der Erstellung des Bekennungsschreibens zu Lebbien beteiligt gewesen sein.
Durch die Observations- und Überwachungsmaßnahmen will die Staatsanwaltschaft nachweisen, dass J. in beiden Fällen die Bekennungsschreiben per e-mail aus öffentlichen Internet-Cafés versandt hat. Darüber hinaus will die Anklagebehörde über bei der Durchsuchung beschlagnahmtes handschriftliches Material im Falle der Aktion gegen Lebbien auch eine AutorInnenschaft von J. und C. beweisen. Konkret geht es um einen handschriftlichen Zettel, der weitgehende inhaltliche Übereinstimmung mit dem Text der Bekennungs-e-mail aufweist. Mehrere Schriftgutachten einer polizeiinternen LKA-Gutachterin sollen die behauptete AutorInnenschaft von J. und C. belegen.
Die zweite Hausdurchsuchung diente vor allem der Beibringung von vermeintlichem Vergleichsschriftmaterial von C. zur Untermauerung der angeblichen Beteiligung von C. am zweiten Bekennungsschreiben

Obwohl J. und C. trotz der umfänglichen monatelangen Observation und Ermittlungen keinerlei Kontakt zu den bis heute unbekannt gebliebenen Beteiligten an der Aktion gegen Engel und Lebbien nachgewiesen werden kann, konstruiert die Staatsanwaltschaft ein gemeinsam abgestimmte Vorgehensweise zwischen J, C. und

den unbekannten Beteiligten. J. wurde sogar in der Zeit der Aktion gegen Lebbien umfänglich und gezielt observiert, ohne dass in dieser Hinsicht irgendwelche Erkenntnisse gewonnen werden konnten. Das von der Staatsanwaltschaft behauptete gemeinschaftliche Vorgehen ist und bleibt nichts weiter als reine Spekulation.

Der Vorwurf der "schweren Nötigung" ist der Versuch der Staatsanwaltschaft zum einen das Strafmass in die Höhe zu treiben, aber vermutlich auch diesen Straftatsbestand als Mittel umzuschreiben, um grade solche Aktionen und vor allem das Versenden von Erklärungen härter bestrafen zu können. Die Regelbeispiele im Strafgesetzbuch, bei denen von einer schweren Nötigung gesprochen wird sind da eindeutig, nämlich "Nötigung zum Schwangerschaftsabbruch, Nötigung zu einer sexuellen Handlung und Nötigung unter Missbrauch der Befugnisse oder der Stellung als Amtsträger". Selbst vor diesem rein rechtlichen Hintergrund entlarvt sich die Anklage auf jeder Ebene als willkürliches Konstrukt.

Nach unserer derzeitigen politischen Einsachätzung geht es bei dem Angriff des Staatsschutzes zum einen um die Kriminalisierung und Einschüchterung des Widerstands gegen das Hotelprojekts im Schanzenpark. Dabei wurde in dem Verfahren gegen J. und C. seitens der Polizei und der Staatsanwaltschaft sogar zwischenzeitlich überlegt, eine Verbindung zu dem mittlerweile eingestellten § 129-Verfahren wegen Bildung und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung wegen militanter Aktionen im März 2005 gegen mehrere Luxushotels in Hamburg und Lübeck und das Bezirksamt Eimsbüttel herzustellen. Doch auch so richtet sich der anstehende Prozess nicht nur gegen J. und C.. Vielmehr ist er ein Angriff auf den Wasserturmwiderstand insgesamt, zumal ursprünglich das Repressionsinteresse dem gesamten öffentlich auftretenden Zusammenhang des "Freien Netzwerks zum Erhalt des Sternschanzenparks" und seinem politischen Umfeld galt.

Weiterhin geht es bei dem Staatsschutzangriff natürlich auch immer um die Ausforschung der linken Szene und ihrer Strukturen insgesamt. Im Frühjahr 2006 musste der oberste Hamburger Verfassungsschützer Heino Vahldick öffentlich eingestehen, dass es in Hamburg schon seit längerer Zeit so viele militante Aktionen wie sonst in keiner anderen deutschen Stadt außer Berlin gibt. Nach den Enteignungsaktionen im Frischeparadies Goedecken und dem abgebrannten Auto des Chefs des Weltwirtschaftsinstitutes stiegen im Mai 2006 die gesamte Hamburger Presse wie auch überregionale Medien in dieses Thema ein. In der Presse wurden sämtliche größere und kleinere militante Aktionen der letzten Jahre aufgelistet. Kritisiert wurden Verfassungsschutz und polizeilicher Staatsschutz, weil all diese Aktionen nicht aufgeklärt wurden und kein einziger Täter präsentiert werden konnte. Dementsprechend groß ist der Erfolgsdruck für den Hamburger Staatsschutz in der Öffentlichkeit. Von daher hat der Repressionsapparat zur Zeit ein ganz wesentliches Interesse, großangelegte Ermittlungsverfahren gegen linke Projekte und Strukturen am laufen zu halten. Das jeweilige konkrete Verfahren und der konkrete Tatvorwurf sind relativ egal. Die Taktik scheint zu sein, bei jeder sich bietenden Gelegenheit größere Repressionswellen zu starten, um bei Durchsuchungen nach dem Motto "Irgendwas wird sich schon finden..." Zufallstreffer zu landen. Entsprechende Observationen und ausgedehnte Telefon- und E-Mail-Überwachung sollen Erkenntnisse über Kontakte und Querverbindungen von Personen und politischen Strukturen liefern, die ihrerseits dann wieder in neue Kriminalisierungsversuche münden. Dieses Ausspionieren von linken Strukturen muss natürlich auch im aktuellen Kontext der anlaufenden Mobilisierung zum G-8 in Hamburg gesehen werden.

Das jetzt anstehende Verfahren gegen J. und C. ist in diesem Zusammenhang ein Angriff auf linke emanzipatorische Politik und der Versuch des Repressionsapparates endlich ein Verfahren wegen militanter Aktionen zu führen. Alle noch so umfangreichen Ermittlungen, Überwachungs- und Observationsmaßnahmen haben letztlich nur zu einem fragwürdigen Konstrukt gegen J. und C. geführt. Die Anklageerhebung mit diesem Konstrukt unterstreicht das Verfolgungsinteresse und gleichzeitig auch den öffentlichen und politischen Druck, unter dem der Repressionsapparat steht, endlich Ergebnisse in Form von Prozessen und Verurteilungen zu präsentieren.

Prozessgruppe Wasserturm
Januar 2007

§ 129 Verfahren in Hamburg eingestellt ...

Kriminalisierungswelle gegen den Wasserturmwiderstand entpuppt sich als Schlag ins Wasser

Das seit März 2005 gegen acht Beschuldigte laufende Verfahren wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung ist im Herbst vergangenen Jahres von der Staatsanwaltschaft sang- und klanglos eingestellt worden.
Am 4. März 2005 gab es in Hamburg und Lübeck mehrere militante Aktionen gegen das Luxushotel Marriot Treudelberg , das Bezirksamt Hamburg-Eimsbüttel, das Aufsichtsratsmitglied der Patrizia AG und CDU-Schatzmeister Harald Boberg und ein Mövenpickhotel in Lübeck. Es kam zu Glasbruch und farblichen Fassadenverschönerungen.
Beim Marriothotel verbrannte ein Carport mit mehreren elektrischen Golfkarren. Erst 4 Tage nach den Aktionen stellte die Lübecker Polizei fest, dass es gegen das Mövenpickhotel offensichtlich 2 Aktionen am selben Tag gegeben hatte. Eine am frühen Abend und eine in der folgenden Nacht.

Zu den Aktionen in Hamburg bekannte sich die Arbeitsgruppe für einen Kolbenfresser im Motor der wachsenden Stadt. Zu einer Aktion in Lübeck gab es eine kurze Erklärung, die am Hotel gefunden wurde.
Nicht einmal zwei Wochen nach diesen Aktionen kam es in Hamburg zu der größten Durchsuchungswelle seit fast 10 Jahren. Bei 11 Hausdurchsuchungen wurden 7 Beschuldigte festgenommen, ED-behandelt und zur Abgabe von DNA-Material gezwungen. Eine weitere Person wurde vom Staatsschutz nicht zu Hause angetroffen. Diesen 8, später 9 Beschuldigten wurde die Bildung einer Kriminellen Vereinigung und die Durchführung aller in Frage stehenden Aktionen vorgeworfen.

Der Hintergrund für diesen Schnellschuss des Hanburger Staatsschutzes dürfte praktisch die Festnahme von zwei GenossInnen in der Nähe des Mövenpick Hotels kurz nach der ersten Aktion in Lübeck gewesen

sein. Nach einem Aktenvermerk hatten die beiden vorher an einem vom Verfassungsschutz observierten Treffen teilgenommen. Nachdem die übrigen TeilnehmerInnen dieses Treffens identifiziert worden waren, wurden kurzum alle zur kriminellen Vereinigung erklärt.

Der politische Hintergrund dürfte allerdings in erster Linie für die Massivität des Angriffs auf linke Strukturen in Hamburg verantwortlich sein. Anfangs lag das Interesse der Innenbehörde und des Repressionsapparates darin, den gesamten Widerstand gegen den Umbau des Wasserturms in ein Luxushotel totzuschweigen. Die Innenbehörde versuchte vergeblich der Hamburger Presse einen Maulkorb in diesem Zusammenhang zu verpassen. Nach einer Häufung von militanten Aktionen kam der Staatsschutz zusehends unter Druck, zu Mal die Verfolgungsbehörden schon in den Jahren zuvor keine Ermittlungsergebnisse wegen anderer Aktionen präsentieren konnten.

Nach über 1 fi Jahren nun haben alle umfangreichen Ermittlungen, Spurenauswertungen und Observationen zu nichts geführt, was auch nur ansatzweise das Konstrukt des Staatsschutzes hätte belegen können. Schon wenige Tage nach den Durchsuchungen hatten die AnwältInnen in einer Presseerklärung geschrieben:" ... handelt es sich in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht um ein Konstrukt des Hamburger Staatsschutzes. Völlig unterschiedliche Aktionen verschiedener Gruppen werden wider besseren Wissens willkürlich zusammengefasst und allen Beschuldigten insgesamt zugeschrieben. Dabei handelt es sich in Wirklichkeit um voneinander völlig unabhängige Aktionen in Hamburg und Lübeck.
Dies ergibt sich schon daraus, dass es zwei verschiedene Anschlagserklärungen gibt ..."
Genau diese Argumentation nimmt die Staatsanwaltschaft in der Einstellungserklärung auf und benutzt sie, um jetzt das Verfahren möglichst ohne Aufsehen einstellen zu können.
Im Zusammenhang mit den Aktionen der Arbeitsgruppe Kolbenfresser in Hamburg hat der Staatsschutz nichts in der Hand, jedenfalls nichts, was schriftlich festgehalten worden ist.
Wegen einer Aktion am Lübecker Mövenpickhotel, die nachts stattgefunden hat, haben sie offensichtlich genauso wenig ermittelt.
Die Konsequenz, die die Nacht vom 3. auf den 4. März 2005 nun haben wird, ist ein Verfahren gegen die beiden GenossInnen, die in der Nähe des Mövenpick Hotels festgenommen worden waren.

... und ein Verfahren wegen Glasbruch am Mövenpickhotel

Zwei Beschuldigten, die in der Nähe des Lübecker Mövenpickhotels festgenommen worden waren, ist im November die Anklageschrift zugestellt worden. Beschuldigt werden sie der "gemeinschaftlichen versuchten Nötigung in Tateinheit mit Sachbeschädigung und versuchten gemeinschaftlichen Körperverletzung in Tateinheit mit gemeinschaftlicher Nötigung" Vermutlich wird der Prozess in den nächsten Wochen vor dem Amtsgericht St. Georg eröffnet werden.
Kurz nach der Aktion in Lübeck waren zwei Personen von einem Hotelangestellten auf der Straße festgehalten worden. Nach einem kurzen Gerangel konnten sie den Mann loswerden. Deutlich später wurden die beiden jetzt Angeklagten in einer Kneipe festgenommen und angeblich als die beiden vorher Verfolgten identifiziert.
Nach jahrelangen Ermittlungen des Staatsschutzes kommt es also jetzt zu einem Verfahren, dass im Wesentlichen auf der Aussage eines Hotelangestellten beruht.
Nach der Niederlage des Repressionsapparates im Hinblick auf mehrere militante Aktionen ist dieser Prozess das einzige Ergebnis, dass Polizei und Justiz erreichen konnten. Gerade weil die beiden die einzigen sind, die jetzt noch beschuldigt sind, steht zu befürchten, dass die Staatsanwaltschaft ein großes Interesse an einer Verurteilung hat, um ihre Niederlage nicht ganz so extrem erscheinen zu lassen.
Die Repression wird nicht nachlassen. Ganz im Gegenteil. Gerade im Hinblick auf die G8 Mobilisierungen sind die Ansagen von BKA, LKA und VS deutlich genug. Mit jeder militanten Aktion, wie zu letzt dem flambierten Auto von Mirow, wächst der Druck auf den Apparat. Unser Ziel muss bleiben, sich weiter zu organisieren, um weiter politisch und praktisch intervenieren zu können und den Druck zu verstärken.

Den Betroffenen von Repression und gerade den vier GenossInnen, die auf ihre Prozesse wegen Widerstand gegen das Hotel im Wasserturm warten, muss unsere praktische Solidarität gelten. Achtet auf Terminankündigungen und kommt zu den Prozessen.

Antirepressionsgruppe

Hotelbaustelle im Schanzenpark besetzt

Das Mövenpick Hotelbaustelle im Schanzenpark ist nicht unantastbar.
Der Wasserturm wurde eine Stunde lang symbolisch besetzt

Trotz der kürzlichen vollmundigen Erklärungen von Seiten des Mövenpick Ressortchefs im Sender Hamburg1, dass die GegnerInnen des Hotelprojektes bis zur Eröffnung im Mai 2007 keine Chance mehr für effektiven Protestaktionen hätten, gelang es am Freitag den 15.12.2006 um 14.00 einer Gruppe GegnerInnen, das Baugerüst bis zum achten Stock zu besteigen, Transparente anzubringen und den Wasserturm über eine Stunde für "besetzt" zu erklären. Von - unter anderem - über 20 als Bauarbeiter verkleideten ZivilpolizistInnen wurden die GegnerInnen vom Bauplatz entfernt und - nach Bekanntgabe von Anzeigen wegen "Hausfriedensbruch" gegen die Patrizia AG - jedeR einzeln mit Platzverweisen für das gesamte Gelände des Sternschanzenparks belegt.

Das "Freie Netzwerk zum Erhalt des Sternschanzenparks" solidarisiert sich mit der Besetzung des Wasserturms und unterstreicht deren Erklärung: "Wie schon immer angekündigt, geht der Protest gegen die Zerstörung des Sternschanzenparks weiter. Ist dieser Protest doch Teil eines Widerstandes gegen die Kommerzialisierung öffentlicher Räume (westliche Innenstadt, Hafencity, Krankenhäuser, Volkspark etc.) im Rahmen der so genannten Konzeption der "wachsenden Stadt" des großkotzigen Neoliberalismus. Nur auf Konsum orientierte Menschen zählen noch. Die Stadtteile um den Schanzenpark haben in dieser Beziehung schon einiges ertragen müssen, aber noch regt sich Widerstand."
Noch hat die Besitzerin der Wasserturm-Immobilie, die Augsburger Patrizia AG, ihr Geschäft nicht gemacht. Irgendwann muss sie das Gebäude zu weit mehr als den am Ende für den Umbau investierten 55 Milionen Euro verkaufen. Die Privatisierung öffentlichen Raumes hat nicht automatisch zur Folge, dass diese auch wirtschaftlich rasch rentabel wird. Jede Initiative zum Erhalt des Parks und aller Wohnflächen in

den umliegenden Vierteln, die noch zu bezahlbaren Preisen vermietet sind, und jede verhinderte Luxusmodernisierung von Gewerbe- und privatem Mietraum wird darüber entscheiden, wie teuer die Patrizia AG am Ende ihre Beute aus öffentlichem Besitz weiter veräußern kann.

Am 10. Januar 2007 jährt sich zum zweiten Mal der Baubeginn des Mövenpick Hotel. Es wird der nächste Anlass im Protest gegen die Privatisierung öffentlichen Raums bis zur angekündigten Eröffnung des Hotels im Wasserturm im Mai 2007 sein.

Freies Netzwerk für den Erhalt des Sternschanzenparks



Samstag, 27.01.2007

Anti - Repressions - Soliparty

Repression und Überwachung ziehen innerhalb unserer Gesellschaft immer größere Kreise und stellen den kontrollierenden Einfluss des Staates auf das öffentliche Leben sicher. Die Konsequenzen der Etablierung einer neoliberalen Ideologie sind offensichtlich: Ausbau der Videoüberwachung im öffentlichen Raum, sinkende Sozialausgaben, eine kapitalistische Umstrukturierung der Innenstädte sowie Unterdrückung des politischen Widerstands sind ebenso kennzeichnend, wie der Bau des Luxushotels im Schanzenpark.
Seit 2004 gab es anlässlich des geplanten Luxushotels im Schanzenpark, welches für das Konzept der wachsenden Stadt steht, politischen Widerstand auf allen Ebenen. Diese Aktionen zogen Repressionen nach sich, unter denen sich u.a. bis vor kurzem, ein Ermittlungsverfahren mit dem Vorwurf Bildung einer kriminellen Vereinigung nach §129 befand. Trotz der Einstellung des Verfahrens wurde mittlerweile gegen zwei ehemals §129 Angeklagte ein Verfahren wegen Landfriedensbruch, Nötigung und schwerer Körperverletzung eingeleitet. Zudem wurden im Mai dieses Jahres erneut Hausdurchsuchungen durchgeführt, die Folge einer groß angelegten Observation gegen die linke Szene im Zusammenhang mit dem Kampf gegen den Hotelbau im Wasserturm waren. Die Anklage lautet diesmal: schwere Nötigung und Sachbeschädigung.
Für mehr Infos: www.schanzenturm.de

The Struggle continues....
Kommt vorbei und feiert mit uns!

Main:
No Visa (Jiddish-Polski-Bluegrass-Humpa/HH)
Yok'n'Hell (Berlin)
SINGIN' SONGS, GETTIN' OLDER
Yok'n'HELL sind ein Duo mit Ambitionen zur Kleinkunstpunkkapelle. In ihren Songs geht es um Aufruhr und Melancholie, um das "WENN UND ABER" im Leben (aber ohne wenn und aber!). Mit Bass, Quetsche und Geige treten sie ihre Texte nach vorne, mal ruhig und getragen, mal zweivierteltaktmäßig im Stile zweier tanzenden Biber, die gerade dabei sind, einen Baum niederzustrecken, der dann später quer auf der A8 Richtung München liegt...keine Toten, keine Verletzten! Die Auftritte von Hella und Yok sind ein offener Prozess, die Suche nach Sinn, aber auch ein Bekenntnis dazu, die bestehenden Verhältnisse und Logiken zu durchbrechen und sich ihnen zu verweigern, so gut es geht.
YOK'N'HELL ist organisiert bei REVOLTE SPRINGEN (www.revolte-springen.de)

Diverse D'Janes der Drumbule Crew (Drum'n'Bass)
Headshot (Drum'n'Bass)
Basement: 80's Party
Specials: Chillout + Infopoint
Einlass: 21.00 Uhr

Offener Brief der BewohnerInnen des Abschiebelagers Bramsche

An: Christian Lüttgau und Niedersächsisches Innenministerium
Betrifft: Öffentlicher Brief bezüglich der Lebensbedingungen in der ZAAB Oldenburg

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wir, Bewohnerinnen und Bewohner der ZAAB Bramsche-Hesepe, schließen uns den Forderungen an, die während des Streiks der Flüchtlinge in der ZAAB Oldenburg erhoben wurden. Wir verweisen darauf, daß Bramsche eine Außenstelle der ZAAB Oldenburg ist und fordern, daß Bramsche-Hesepe in die anstehenden Gespräche über die Unterbringung mit einbezogen wird. Zumal sich die Lebensbedingungen in beiden Lagern sehr ähnlich sind.

Für Bramsche kommt hinzu, daß wir hier mit unseren Kindern leben müssen, wodurch sich die Situation, was die Ernährung durch das Kantinenessen angeht, noch einmal erschwert. Als Eltern sind wir dafür verantwortlich, daß unsere Kinder gesund aufwachsen. Das betrifft auch die Schwierigkeiten bei der medizinischen Versorgung. Wir haben nicht das Recht auf freie Arztwahl und ärztliche Verordnungen werden häufig von der Sozialstation verweigert.

Zudem möchten wir darauf hinweisen, daß die schulische Versorgung für unsere Kinder unbefriedigend ist. Sie klagen immer wieder darüber, daß sie in der lagereigenen Schule nicht richtig lernen können. Bei Krankheit eines Lehrers fällt der Unterricht ganz aus.

Für die Familien ist die Wohnsituation insgesamt schwierig. Fünf- bis sechsköpfige Familien müssen sich einen gemeinsamen Raum teilen. Die Eltern haben keinen Raum für eine Privatsphäre und auch für Jugendliche und Heranwachsende ergeben sich große Probleme, wenn sie keinen getrennten Raum für sich zur Verfügung haben.

Am Mittwoch, den 8. November, haben wir einen Warnstreik durchgeführt, um diese Zusammenhänge deutlich zu machen. Mit dem heutigen Tag treten wir in einen unbefristeten Streik, wir werden nicht mehr in der Kantine essen. Mit diesem Streik wollen wir erreichen, daß Gespräche mit den Verantwortlichen über die Lebensbedingungen im Lager stattfinden. Unser größter Wunsch ist, in eigenen Wohnungen leben zu können, mit einem Alltag, wie ihn alle Menschen in diesem Land haben. Zumindest aber müssen die Bedingungen in dem Lager verbessert werden.

Bereits im März diesen Jahres haben wir einen Brief dem Innenministerium und Vertretern und Vertreterinnen des Landtages überbracht. Es sind dem weder Gespräche oder Taten gefolgt, die die Situation geändert hätten. Das einzige, was wir festgestellt haben, ist, daß ein großes Interesse der Medienöffentlichkeit gegeben hat. Es wird Zeit, daß auch Taten folgen.

Unsere Proteste waren friedlich, sie sollen friedlich bleiben, aber wir werden solange nicht aufgeben, wie die Forderungen nicht erfüllt sind.

Wir fordern:
- ernsthafte Gespräche, in denen es nicht nur um Rechtfertigungen geht, sondern darum, daß wir im Rahmen der Möglichkeiten menschenwürdig leben wollen,
- Schließung der Kantine, stattdessen die selbstständige Versorgung mit Lebensmitteln und die Möglichkeit, Essen selbst zuzubereiten,
- Schließung der Lagerschule, stattdessen der Besuch aller Kinder, von Regelschulen mit entsprechenden sinnvollen Förderprogrammen,
- angemessene medizinische Versorgung, was bedeutet: freie Arztwahl, Gewährung von medizinischen Leistungen, die ärztlicherseits verordnet werden.

19.12.2006
Bewohnerinnen und Bewohner der ZAAB Bramsche-Hesepe



Transnationaler MigrationsAktionsTag

Am transnationalen MigrationsAktionsTag am 07.10.06 demonstrierten in Hamburg 6-700 Menschen aus Norddeutschland, darunter viele Flüchtlinge, für Bewegungsfreiheit, gegen Lager und Abschiebungen, für Bleiberecht und gleiche Rechte für alle. Trotz strömendem Regen war die Stimmung gut. Passende Musik vom Lautsprecherwagen und Informationen über einen neuen globalen Pass, der auf der Demo zu haben war, trugen genauso dazu bei wie zahlreiche Redebeiträge, in denen von Kämpfen hier und anderswo berichtetet wurde.
Auf der Auftaktkundgebung wurde dargestellt, wie es zu dem transnationalen Aktionstag kam, der im Mai 2006 vom Europäischen Sozialforum beschlossen und von über 200 Gruppen in ganz Europa und Afrika unterschrieben wurde. Aktionen in neun deutschen Städten, acht europäischen und vier afrikanischen Ländern wurden erwähnt, Widerstand gegen die EU-Migrationspolitik auch und gerade in Afrika bekannt gemacht und Zusammenhänge zur Hamburger Situation hergestellt.
Dann berichteten Flüchtlinge aus dem Lager Blankenburg bei Oldenburg von ihrem Streik, den sie seit dem 4.10.06 gegen die menschenunwürdigen Bedingungen dort führen, und riefen zur Unterstützung ihrer Forderungen nach besserem Essen, medizinischer Versorgung und einem Ende der Schikanen und Beleidigungen durch das Lagerpersonal auf. Grundsätzlich fordern sie eine Beendigung der Isolationspolitik und damit der Lagerunterbringung und stattdessen das Recht auf Wohnungen für alle.
Auf der Zwischenkundgebung am Gänsemarkt stellte eine Frau aus Afghanistan ihre Situation als Flüchtling und die Bedrohung durch die Hamburger Abschiebepolitik dar. Eine Organisation iranischer Flüchtlinge erhob Forderungen nach einer anderen Flüchtlings- und Außenpolitik. In einem weiteren Redebeitrag wurde gefragt, wie es in Deutschland aussähe, wenn es auch hier eine Legalisierung für Menschen ohne Papiere, Gesundheitsversorgung für alle und keine Abschiebungen gäbe und wenn die Zäune um Europa fallen würden. Bewegungsfreiheit nicht nur für einige wenige sondern für alle - eine wünschenwerte Utopie!
Vor dem Untersuchungsfängnis an der Holstenglacis, das auch als Abschiebehaftanstalt dient, wurde auf die Hamburger Ausgrenzungs- und Abschiebepolitik hingewiesen und insbesondere die AusLagerung der Flüchtlingserstaufnahmeeinrichtung nach Nostorf/Horst in Mecklenburg-Vorpommern sowie das neue Hamburger Schülerregister kritisiert.
Bei der Abschlusskundgebung am Schulterblatt forderten Flüchtlinge aus Mecklenburg-Vorpommern eine Verlängerung des Abschiebestopps nach Togo, da dort weiter die Diktatur eines Familienclans herrscht. Die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge stellte sich vor.. Abschließend wurde zur Demonstration zur Innenministerkonferenz am 16.11.06 in Nürnberg aufgerufen, um dort für ein bedingungsloses Bleiberecht und Papiere für alle einzutreten.
Ziemlich exakt mit dem Ende der Demo, als die TeilnehmerInnen noch zu einem Imbiss in die Rote Flora gingen, hörte der Regen auf und die Sonne kam heraus - ein Zeichen der Hoffnung und der neuen Perspektiven, die dieser transnationale Aktionstag eröffnet hat?

Flora im Januar

Do. 04.01. Einlass: 21.00 Uhr
Konzert: Ten Volt Shock + Telemark
weitere Infos auf www.pinktankentertainment.com

Fr. 05.01. Einlass: 21:00 Uhr
Konzert: The Draws (Indierock aus Hamburg) / Anything Strange (Indiecore aus Hamburg) / Makeshift Resort (Experimental Nu Rock) / Last Line Of Defense (Oldschool Hardcore aus Hamburg)
Danach geben uns die beiden Reggae Combos "Looney Chunes" und "One Chapter" die Ehre und versüßen uns den Abend mit heißen Reggaetunes.

Sa. 06.01. Einlass: 22:00 Uhr
Konzert: Move against G8
Reggae, Ska & HipHop mit Irie Revoltés (Heidelberg)
Soli-Konzert und Party über zwei Ebenen für die Zeitung ak - analyse & kritik und das Magazin für linke Debatte und Praxis Fantomâs.
Make Capitalism History - Join the winning side!

Fr. 12.01. Einlass: ab 19.30 Uhr Filme - ab 20.30 Uhr Musik
Konzert / Party
SUPPORT ANTIRACIST ACTIONS! Soli-Konzert-Party für antirassistische Gruppen und Projekte in HH. - presented by a.r.k
BANDS: Surfits (Skapunk), the Bluebeat Remedy (Ska), Novisa (Jiddish-Polski-Bluegrass-Humppa), Blickwinkel (Geigenpunk), Good with the Girls (Hardcore).
DJs: Jobbanaught (Drum'n'Bass), Sneaker (Drum'n'Bass), Dogmatech (Gameboy-Noisecore-Live), Hesed (Hardtek&Breaks).
INFO: Filme zum Thema Migration und Abschiebung, Infostände von Antiragruppen.

Sa. 13.01. Einlass 18.30 Uhr / Beginn 19.00 Uhr
Infoveranstaltung
Nazistrukturen, antifaschistische Arbeit und G8 2007
Informations- und Diskussionsveranstaltung zu Nazistrukturen, antifaschistischer Arbeit und dem G8 2007 in Mecklenburg Vorpommern mit ReferentInnen von Lobbi e.V, EA Rostock, "Keine Stimme den Nazis"- Kampagne, solid (MV), G8-Gruppe Greifswald

Sa. 13.01. Einlass: 22.00 Uhr
Party Nazistrukturen, antifaschistische Arbeit und G8 2007
"Move to the coup"- Zum Umsturz bewegen
Soliparty für antifaschistische Projekte in Mecklenburg Vorpommern
first floor: das beste der 80er/90er
second floor: Sk. Mieze - minimal
Sterngucker - drum`n`bass
unnamed- techno
special guest von kulturkosmos
third floor: Chillout, Filme, Infotische

Fr. 19.01. Einlass: 21.00 Uhr
Party Antifa Soli-Bingo
Gewinne, Gewinne, Gewinne -
autonomes Streicherquatett, unschlagbare Bingopreise, anschließend Ostseedisko.

Sa. 27.01. Einlass: 21.00 Uhr
Party Anti - Repressions - Soliparty (siehe Seite 25)

So., 28.01. Einlass: 21.00 Uhr
Konzert: Scientist the orange pip
weitere Infos auf www.pinktankentertainment.com

Regelmässige Termine

Montag: Kochsession veganes Essen ab 19 Uhr (Essen ab 21 Uhr); Offene Motorradwerkstatt - schrauben und klönen ab 17 Uhr; Fahrrad Selbsthilfe Werkstatt 18.30 -21 Uhr; Archiv der Sozialen Bewegungen 17 - 20 Uhr (Tel. 433007); Flora Baugruppe 19 Uhr im Bauraum
Dienstag: Dubcafé 19 - 23 Uhr
Donnerstag: Kochkollektiv veganes Essen ab 19 Uhr; Archiv der Sozialen Bewegungen 17 - 20 Uhr